INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 211

15. Oktober 1992

hallöchen!!

Erst mal vielen Dank für die viele Schockie, die uns einige von Euch haben zukommen lassen!
Überhaupt nicht erfreut waren wir aber darüber, daß wider einige Texte dabei waren, die so absolut nicht als Druckvorlage zu verwenden sind. Wir sind es leid solche Texte ständig nochmal abzutippen und Ihr müßt damit rechnen, daß wir sowas das näxte Mal weglassen.
Schwerpunkt war diesmal auf Grund der aktuellen Situation und überhaupt ein internationalistischer Block. Zu dem Peru-Artikel wollen wir noch sagen, daß es nicht darum geht mit seiner Veröffentlichung eine politische Linie gegen ´ne andere auszuspielen. Wenn Ihr Infos habt zur Situation in Peru zu sozialen Kämpfen, zur Repression, aber auch zu Sendero Luminoso schickt sie an uns.
Zu guter letzt wollen wir passend zum Titelbild noch 2 Bücher zu GB empfehlen. Einmal die "Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 3, England:Krise, Rassismus, Widerstand" und "From Resistance to Rebellion". Beide zu beziehen über Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 1 Berlin 61.

Noch nicht gelesen?



Inhalt:

p.s. liebe Plutonia!

Vielen Dank für die kostenlose Werbung für unsere Zeitung im Berlin-Teil der TAZ! (siehe S.30)

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

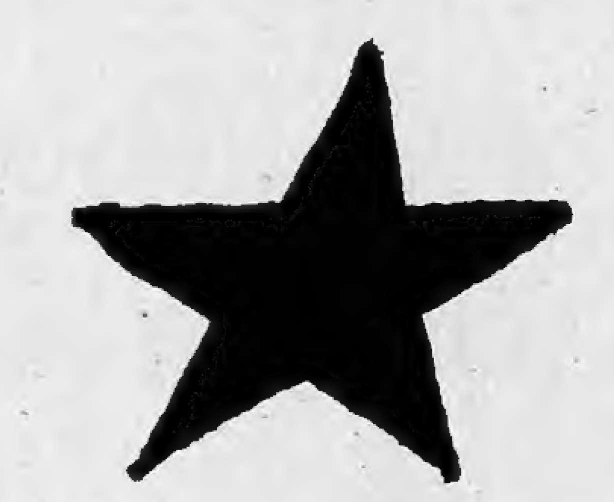
Noch was zum "Einheizfestival"

In der Interim Nr.210 erschien unter dem Titel"Ernüchterndes Einheizfestival" eine Kritik zu dem Antifa-Konzert am 2.Oktober in der Wuhlheide,der wir uns hier anschließen wollen. Glücklicherweise(?) sind wir erst später gekommen und haben die Auseinandersetzung um das Scheißtranspi nicht mitbekommen. Trotzdem blieb noch genug,was uns angekotzt hat.
Da geht mensch mit einigen Erwartungen zu einem dem Anspruch nach antirassistischen(?),antifaschistischen Konzert,und wer darf sich auf der Bühne produzieren? Weiße deutsche Männer!!!
Sind Frauen doch eher unmusikalisch?
Sind unsere deutschen Ohren noch nicht gut genug an "undeutsche" Klänge gewöhnt? An Schwierigkeiten mit fremdsprachlichen Texten kann es ja wohl nicht gelegen haben,mensch hat auch so kaum ein Wort verstanden.
Und die drei Punkbands in Folge haben,nach dem Motto"Punx not dead",dann ja auch mächtig geEINHEIZBREIt (breit?).

Natürlich ist die Idee und Organisierung eines antifaschistischen Festivals zum 3.Oktober richtig.Wir fanden auch jede Band an sich gesehen ganz gut.Die Pfiffe bei den Szenen von"Heiter bis Wolkig" regen diese hoffentlich zum Nachdenken an.Über Yok Ouetschenpaua freuen wir uns sowieso immer.
Aber es ist eine echte Peinlichkeit,daß keine einzige ausländische Gruppe aufgetreten ist(eingeladen wurde?).Das ist schlichtweg unverständlich und inakzeptabel.Für die Tatsache,daß keine einzige Frauenband gespielt hat(eingeladen wurde?),gibt es wohl keine andere Erklärung als die latent vorhandenen Mackerstrukturen.
Wir haben keine Lust,uns das so nochmal reinzuziehen,beim nächsten Mal mischen wir uns schon vorher ein.

KAMPF DEM RASSISMUS UND SEXISMUS





GLÜCKWÜNSCHE ZUM DRITTEN DIR HEILIGEM DEUTSCHEN REICH

DIE EINHEITSFESTTORTE GEWINNT. WER.MIR.DIE.MEISTEN. VERKOHLTEN. AUSLÄNDERINNEN. BRINGT.

ENGEL

Schwarz rot gold

ER

KLEINE. SÜSSE.DEUTSCHE. WEISS. UND. SCHICK. WIR. REIHERN. EUCH.DIE.TORTE. INS. GENICK.

2 . T O R T E N ' M O N S T Ⓐ ' S

Warum haben wir das Transparent so und nicht anders gemacht? Oder anders gefragt!: Wie schlägt frau nationalistischen und rassistisch Feirernden am 3.Oktober am besten in die Magengrube, so daß ihnen das Festmahl Kotzanfälle bereitet?
Das Transpi war nicht ausschließlich für das EINHEIZ'- FESTIVAL in der Wuhlheide am 2.IO. gedacht, sondern auch für Schwerin am nächsten Tag.
Der DRITTE Oktober ekelt uns an, die PolitikerInnen und die schweigende Masse läßt uns Haß und Ekel fühlen. Der Deutschtümelei und dem rassistischen, weißen Charakter können wir nur noch im makabren Zynismus antworten.
Wenn die KritikerInnen unsere Art, Abscheu und Protest auszudrücken, als rassistisch und sexistisch bezeichnen, möchten wir ihnen antworten, ohne uns platt zu rechtfertigen:

1.) Vor Meinungsbildung und Zitat das Transpi bitte genau lesen.
2.) Laßt es als GANZES mit Bild und Text auf Euch wirken. Vielleicht entsteht dann vor Euren Augen eine zynische Persiflage, die die Situation in der BRD zum Kotzen genau auf den Punkt bringt.
3.) Wir sind gegen den- vereinfacht gesagt - ausschließlichen Gebrauch von szenetypischen Parolen. Wir wollen nicht nur Parolen, die sich nur auf Solidarität und gemeinsamen Kampf ausruhen. Sie bieten die Gefahr der trügerischen Selbstbestätigung und lassen Kontroversen über verbale und bildnerische Ausdrucksformen verblassen.
4.) Warum soll ein auf den ersten Blick verwirrendes Sprechen und Malen nicht Protest und Aufruf zu Gegenbewegungen üben dürfen?
5.) Wer das Transpi auf sich wirken läßt, kann den Zynismus und die Einladung zum Sich-Ekeln nicht falsch verstehen.
6.) Auch uns haben auf dem EINHEIZ-FESTIVAL die sexistische Sprüche klopfenden, besoffenen Typen angeekelt. Dennoch versuchen wir in dieser Situation zu differenzieren zwischen dem eigentlichen Ziel und Inhalt der Veranstaltung und dem anwesenden Publikum, das uns in nicht in Prozenten einzuteilenden Anteilen ja doch gefallen hat.



Seit Monaten verschärft der NATO-Staat Türkei den Krieg gegen das kurdische Volk. Der Angriff der türkischen faschistischen Armee auf die kurdische Provinzhauptstadt Sirnak im August waren ein vorläufiger Höhepunkt in dieser Eskalation.
Am 15.August begann die türkische faschistische Armee einen Angriff auf die kurdische Stadt Sirnak. Unter dem Vorwand, daß KämpferInnen der ARGK-Guerilla dort einen Angriff unternommen hätten, wurde die Stadt unter massiven Beschuß genommen. Mindestens 300 Menschen wurden getötet, ca.3000 Menschen verhaftet, vier Stadtteile zerstört und 95% der 20.000 EinwohnerInnen der Stadt wurden vertrieben. Sirnak wurde 40 Stunden lang Zentimeter für Zentimeter von der Armee durchsucht, ohne daß jedoch KämpferInnen oder Waffen der Guerilla gefunden wurden. Eine dreitägige Pressesperre wurde verhängt und danach durften nur vereinzelt Journalisten die Stadt in Begleitung von Sicherheitskräften betreten. Die Stadt wurde von der Armee abgeriegelt, um die Menschen an der Rückkehr zu hindern. Die Flüchtlinge von Sirnak leben jetzt in den Bergen. In der Umgebung von Sirnak wurden vier weitere Dörfer zerstört, deren BewohnerInnen sich jetzt ebenfalls auf der Flucht befinden. In der Nacht von 25.auf 26. September wurde Sirnak erneut von der türkischen Armee angegriffen und von zehn Uhr abends bis ca. sechs Uhr morgens beschossen, um diejenigen, die zurückgekehrt oder in der Stadt geblieben waren, zur Flucht zu zwingen.
Da es der türkischen Armee nicht gelingt der Guerilla wirkliche Schläge zuzufügen, begehen sie Massaker an der Zivilbevölkerung, um diese einzuschüchtern und zur Flucht zu zwingen. Weil sie den Fisch im Wasser nicht fangen können, versuchen sie nun das Wasser, in dem er sich bewegt auszutrocknen. Die Massaker am kurdischen Neujahrsfest im März (Newroz), bei dem mehrere hundert Menschen ermordet und hunderte verhaftet und gefoltert wurden, waren ebenfalls Ausdruck dieser Strategie.
Im August 1984 hat die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) den bewaffneten Befreiungskampf für ein unabhängiges Kurdistan aufgenommen. Der faschistische Staat Türkei hat mit massiver Repression und Terror versucht, diese Entwicklung aufzuhalten, aber nur das Gegenteil davon erreicht. Der NATO-Staat BRD war von Anfang an durch milliardenschwere Wirtschafts- und Militärhilfe, Ausbildung von türkischen Spezialeinheiten durch die GSG9, Beteiligung an NATO-Manövern in Kurdistan, Waffenlieferungen, geheimdienstliche Zusammenarbeit und die Verfolgung und Kriminalisierung kurdischer AktivistInnenen in der BRD direkt an der Aufstandsbekämpfung im NATO-Staat Türkei beteiligt.
Der PKK ist es innerhalb weniger Jahre und trotz starker Repression

gelungen, sich in großen Teilen der Bevölkerung zu verankern und die Kämpfe sowohl auf Massen- wie auf bewaffneter Ebene voranzutreiben. Der kurdische Volksaufstand, der im Sommer 1989 begann, ist ein Ausdruck dieses Prozesses. Der Volksaufstand hat eine alle Gebiete und Bevölkerungsteile umfassende Dynamik entfaltet und die Kämpfe spitzen sich seitdem immer mehr zu. Die Guerilla erhält immer größeren Zulauf und hat ihre Aktionen auf alle Teile des türkisch besetzten Kurdistans sowie auf die türkischen Metropolen ausgeweitet. Türkische Offizielle geben zu, daß es dem türkischen Militär nur tagsüber gelingt, die kurdischen Gebiete zu kontrollieren, daß sie aber nachts von der ARGK-Guerilla kontrolliert werden. Durch diese Stärke des Befreiungskampfes war der türkische Staat gezwungen, einige Zugeständnisse zu machen, wie z.B. die Anerkennung der Existenz von KurdInnen und die Legalisierung der kurdischen Sprache. Diese Zugeständnisse sind jedoch minimal und zielen primär auf die Weltöffentlichkeit.

Der PKK gelingt es darüberhinaus auch zunehmend in den anderen Teilen Kurdistans, wie v.a. im syrisch besetzten Teil und im iranisch besetzten Teil, die Menschen zu mobilisieren. Selbst im irakisch besetzten Teil Kurdistans, der von der traditionellen Stammesführung der Barzanis und ihrer Organisation, der KDP und der PUK unter Talabani beherrscht wird, beginnen sich Widersprüche gegen die Politik dieser Kräfte abzuzeichnen. So fand im August in eine Demonstration zur Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes in der Türkei und gegen die von der eigenen Führung mit dem Regime in Bagdad ausgehandelte "Autonomie" statt.

Die KDP und die PUK stellen sich international als Vertreter der KurdInnen im irakisch besetzten Südkurdistan dar. Sie gehen in ihren Zielsetzungen jedoch nicht über die Forderung nach politischer und kultureller "Autonomie" innerhalb des irakischen Staates hinaus. Sie haben dabei stets auf die Hilfe westlicher Geheimdienste gesetzt. Die Barzanis, die seit Generationen die KDP führen, arbeiten seit den 50er Jahren mit der CIA und dem Mossad und vor dem Sturz des Schah auch mit dem Schah-Regime zusammen. Seit dem Golfkrieg kollaborieren die Führer der PUK und KDP Talabani und Barzani noch offener mit dem NATO-Staat Türkei. So haben sie z.B. Stützpunkte der ARGK verraten und legitimieren den Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk in Nordkurdistan indem sie die PKK als "Terroristen" bezeichnen und sich ständig mit Offiziellen in der Türkei zu Absprachen treffen.



Die Offensive des türkischen Staates gegen den kurdischen Befreiungskampf läuft nicht nur auf militärischer Ebene, sondern wird von intensiver psychologischer Kriegsführung begleitet. Der türkische Staat stützt sich seit seiner Gründung auf chauvinistische und rassistische Herrschaftsstrukturen, die über ständige Gehirnwäsche weiter verstärkt werden. Dadurch sollen die verschiedenen Völker in der Türkei gegeneinander ausgespielt werden, um so ein Zusammenkommen zu verhindern. In einigen Teilen der Bevölkerung findet jedoch eine Solidarisierung mit dem kurdischen Befreiungskampf statt und verein-

zelt schließen sich Menschen aus der Türkei auch der PKK an.
Seit Monaten gibt es eine massive Hetzkampagne in den türkischen Medien, mit der die Angriffe der türkischen Armee propagandistisch vorbereitet und abgesichert werden sollen. Vor den Operationen der türkischen Armee in Sirnak wurde eine Nachrichtensperre verhängt, ausländischen Journalisten wurde der Zugang zu allen kurdischen Gebieten verboten. Informationen sind



nur über die staatlichen Presseagenturen erhältlich. Der Terror gegen oppositionelle Zeitungen wurde verstärkt und die Arbeit der Journalisten wird zunehmend unmöglich gemacht. Seit Anfang des Jahres wurden zehn Journalisten oppositioneller Zeitungen ermordet. Mitte September wurde der kurdische Journalist, Dichter und Gründer der Partei des Volkes (HEP) und oppositioneller Zeitungen Musa Antar von Todesschwadronen ermordet. Ende September wurden Haftbefhle gegen Verantwortliche oppositioneller Zeitungen erlassen und mehrere Aktivisten der HEP verhaftet, wie der ehemaliger Vorsitzender Feridun Yazer. Die Hetzkampagne richtet sich auch gegen im Ausland lebende kurdische AktivistInnen, zu deren Bekämpfung in den staatstragenden Medien "israelische Methoden" - d.h. gezielte Ermordungen - empfohlen werden.
Der Terror des türkischen Staates richtet sich auch gegen revolutionäre Kräfte in der Türkei selbst, v.a. gegen Organisationen, die bewaffret kämpfen und sich mit dem kurdischen Befreiungskampf solidarisieren. wie v.a. Dev Sol.
Bei der Bekämpfung dieser Organisationen hat der NATO- und EG-Anwärterstaat Türkei die Todesstrafe wieder eingeführt, indem Gefangene nicht mehr gemacht, sondern auf der Stelle ermordet werden.

Diese Politik richtet sich auch gegen Massenkämpfe, wie die der Arbeiter der Müllabfuhr in Istanbul und Ankara, deren Streiks im Juni vom Militär niedergeschlagen wurden und die wilden Streiks und spontanen Angriffe der in keiner Gewerkschaft organisierten BäuerInnen sowie gegen die kämpferischen BewohnerInnen des Gecekondus Kücük Armutlu in Istanbul. Seit Wochen eskaliert des türkische Militär die Situation gegen dieses Viertel, in dem revolutionäre Organisationen stark verankert sind und das bis jetzt noch nicht unter der Kontrolle des Staates ist und bereiten dessen Räumung vor.
Diese Offensiven des NATO-Staates Türkei reihen sich ein in die seit dem Golfkrieg verstärkt laufenden imperialistischen Vorstöße zur Neuordnung und Kontrolle der gesamten Region. Nach der weitgehenden Befriedung der Kämpfe im Libanon und in Palästina steht nur noch der kurdische Befreiungskampf den imperialistischen Plänen im Weg.
Die zur zweiten imperialistischen Führungsmacht aufgestiegene BRD unternimmt auf allen Ebenen Vorbereitungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen, um weltweit eine noch effektivere Rolle einnehmen zu können.
Dazu gehört auch und v.a. die Umstrukturierung der Bundeswehr für internationale Kriegseinsätze und der Aufbau einer deutsch-französischen Brigade als Kernstück einer zukünftigen Streitmacht der Westeu-

ropäischen Union (WEU). Schon jetzt sind BRD-Einheiten u.a.im Südirak zu "humanitärer Hilfe" im Einsatz, die jedoch nur die ersten Schritte sind für eine intensivere militärische Beteiligung der BRD im Rahmen von WEU und NATO, die sich v.a. gegen Osteuropa und die arabisch-islamische Region richtet. Diese Politik, die darauf zielt, Kriege für die BRD wieder offen führbar zu machen, findet nach innen ihre Entsprechung in einer starken politischen und gesellschaftlichen Rechtsruck, dessen Spitze die laufenden rassistischen und faschistischen Angriffe und Massenmobilisierungen sind.
In den Angriffen auf Flüchtlinge hier wird eine Politik deutlich, deren andere Seite die imperialistische Außenpolitik ist.
Der kurdische Befreiungskampf bedeutet nicht nur eine Perspektive für die Völker in der arabisch-islamischen Region, sondern fordert auch von AntifaschistInnen und anderen linken Menschen in Westeuropa, diese Kämpfe miteinzubeziehen und internationalistische Ansätze zu einem Teil in der neuen Formierung von linker Politik in der BRD zu machen.

BIMRE DAGIRKER - BIJI SERXWEBUN
(Nieder mit dem Kolonialismus - Es lebe die Unabhängigkeit)

STOPPT DEN VÖLKERMORD IN KURDISTAN

DEUTSCHE WAFFEN, DEUTSCHES GELD MORDEN MIT IN ALLER WELT

ES LEBE DER BEWAFFNETE KAMPF DES KURDISCHEN VOLKES FÜR EIN UNABHÄNGIGES KURDISTAN

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

NIEDER MIT DEM FASCHISTISCHEN TÜRKISCHEN STAAT -
NATO ZERSCHLAGEN

DER KRIEG IN KURDISTAN WIRD AUCH HIER ENTSCHIEDEN -
DEN VÖLKERMORDSTRATEGEN KEINEN FRIEDEN

DEMONSTRATION

SAMSTAG, 24.10.

12°° ORANIEN PLATZ

Internationalistisches
Aktionsbünonis Kurdistan

V.i.S.D.P.: Clara Schuster, Straße der Befreiung 21,0-1047 Berlin

OFFENER BRIEF AN TAZ

Betrifft: angebliche Zusammenarbeit der PKK und Saddam Hussein

Am 22.09.92 erschien in der **TAZ** auf Seite 9, Rubrik "Hintergrund", verfasst vom TAZ-Korrespondenten **Thomas Dreger** in Zakho, ein Artikel über die aktuellen politischen Zusammenhänge und Ereignisse in Kurdistan. Darin wurde in Spalte 3, Absatz 3 die Behauptung aufgestellt, daß der Taz Redaktion zu Berlin Papiere vorliegen, die Beweisen, daß die PKK und Saddam Husseins Regierung zusammenarbeiten!
Diese Papiere wurden angeblich nach der Besetzung Kuwaits im November bis Dezember 1990 verfasst. Während des kurdischen Aufstandes nach dem zweiten Golfkrieg sollen Geheimakten bei der Erstürmung von irakischen Geheimdienstzentralen erbeutet worden sein, die den Zusammenhang PKK und Saddam Hussein beweisen.
Am 23.09.1992 machten sich zwei ERNK-Sympathisanten in Berlin die Mühe in die TAZ- Redaktion zu gehen, um das fragliche Dossier einzusehen. Sie wurden von den TAZ-Mitarbeitern darauf hingewiesen, daß sich die Papiere entgegen ihrer eindeutigen Behauptungen nicht in der Redaktion befänden, sondern in Zakho bei dem TAZ-Korrespondenten Thomas Dreger, der aber nach mehrmaligem Nachfragen angeblich nicht zu erreichen ist.
In der Vergangenheit wurden derartige Gerüchte des öfteren verbreitet. So haben z.B. Talabani und Barzani auf Pressekonferenzen in der Türkei wiederholt behauptet, daß ihnen Beweise für die Zusammenarbeit zwischen der PKK und Saddam Hussein vorliegen. Sie wollten jedoch nicht näher darauf eingehen. Um diesem sog. Beweismaterial nachzugehen ist ein Mitarbeiter der Tageszeitung **"Özgür Gündem "** nach Holland gereist, wo er Talabani auf einer Konferenz antraf.
Auf eine Nachfrage bezüglich dieser Unterlagen erwiderte Talabani, daß diese Unterlagen existierten; er hätte sie jedoch nicht bei sich. Der Mitarbeiter von Özgür Gündem könne das Material am Abend erhalten, was jedoch nicht geschah.
Ein paar Tage später wurde ein 26-seitiges Dossier in arabischer Sprache mit türkischer Übersetzung an Özgür Gündem gefaxt.
Nach Auswertung des Materials seitens Özgür Gündems kam man zu dem Schluß, daß das Material unbrauchbar ist. Es stellte sich heraus, daß liniertes Papier benutzt wurde, die keine Stempel staatlicher Institutionen aufwiesen. Der Inhalt der Unterlagen beruhte auf jedermann zugänglichen einfachen Informationen. Aus keinem der Unterlagen ging deutlich hervor daß eine bilaterale Beziehung zwischen der irakischen Regierung und der PKK existiert. Desweiteren wird auch nirgends der Name Abdullah Öcalan genannt. Die Unterlagen, die von Talabani an Özgür Gündem geschickt wurden, behandeln eine sog. " Türkische Arbeiterpartei ". Soweit uns bekannt ist heißt die PKK in türkischer Sprache " Kürdistan Isci Partisi ", also auf deutsch " Arbeiterpartei Kurdistans ".
Aus diesen Umständen schließen wir, daß es sich hierbei um eine amateurhaft erstellte Fälschung handelt.
Wir protestieren gegen diese Art von Sensationsjournalismus, der jeder Grundlage entbehrt und der nichts mit journalistischer Sorgfaltspflicht zu tun hat. Wir fordern sie dazu auf, ihre Behauptungen öffentlich zu belegen, oder diese Verleumdungen zurückzunehmen.

Kurdisches Kultur Zentrum-BOTAN, YRWK (Union der Patriotischen Intellektuellen aus Kurdistan)-BERLIN,, YXK (Kurdischer StudentInnen Verband)-BERLIN, YJWK (Union der Patriotischen Frauen aus Kurdistan)-BERLIN, Kurdistan Arbeitskreis-BOTAN



(eigene übersetzung)

Zentrum für demokratische Erneuerung
P.O. Box 50469*Atlanta, Georgia 30302-0469*(404)221-0025

Pressemitteilung
zur sofortigen Veröffentlichung
Freitag, 18. September 1992

Für weitere Informationen:
Daniel Levitas 404-221-0025
Geschäftsführer

MENSCHENRECHTSORGANISATION VERURTEILT DEPORTATIONEN VON ROMA

Atlanta, Ga.:
Eine US-Menschenrechtsgruppe verurteilte heute die geplante Deportation von tausenden von Roma-Zigeunern durch die deutschen Behörden.
"Diese Aktion kann nur aufs Schärfste verurteilt werden," sagte Daniel Levitas, Geschäftsführer des Zentrums für demokratische Erneuerung, einer gemeinnützigen Organisation, die die Aktivitäten weißer Rassisten und von Neo-Nazigruppen in den Vereinigten Staaten und im Ausland beobachtet.
"Es ist überflüssig zu sagen, daß sich das Gespenst der Geschichte wiederholt, und zwar insofern, als die deutsche Verfolgung von ethnischen und religiösen Minderheiten nicht übersehen werden kann. Es liegt in der Verantwortung aller ausländischen Regierungen und der internationalen Menschenrechtsorganisationen zu verhindern, daß diese geplanten Deportationen stattfinden können," sagte Levitas.
Auch die Maßnahmen der rumänischen Regierung wurden von den Vertretern des Zentrums scharf kritisiert. "Die rumänischen Behörden haben sich noch nie für die Not der Roma interessiert, die auf übelste Weise in ganz Europa, inclusive Rumänien, verfolgt werden. Es ist verächtlich, daß die rumänische Regierung diesen geheimen Handel mit Deutschland bezüglich dieser Deportationen eingegangen ist."

Germany Alert (Aufmerksamkeit für Deutschland)
(erscheint in Amsterdam, Holland)
Montag, 21. September 1992

DEPORTATION
"Deutschland nimmt die Politik der Nazis wieder auf"; Polizeigruppe will illegale Anordnungen mißachten

von Horst Berlin und Dan Small
Köln: Eine Vereinigung "kritischer" deutscher Polizisten hat in scharfem Ton davor gewarnt, daß Massendeportationen von Roma und Sinti-Zigeunern gegen die Verfassung verstoße.
Darin werden Polizeibeamten aufgefordert Anordnungen zu verweigern, die im Gegensatz zu verfassungsmäßig garantierten Rechten stehen.
Die Vereinigung der kritischen Polizisten warnte in einem Brief an den Bundesinnenminister Rudolf Seiters die Regierung davor, die Gesetze außer Kraft zu setzen womit "verdeckt und auch offen rassistischer Haß geschürt" werde.
In dem Brief der Vereinigung wird gefordert, daß Seiters und die Landesregierungen Stellung dazu nehmen sollen, ob Berichte über Massendeportationen der Wahrheit entsprechen. Es wird weiter gefragt, welche Bundesländer von den Anordnungen betroffen seien. Es wird gefordert, daß Berichte, wonach sich eine große Zahl von Polizeibeamten freiwillig für die Durchführung der Deportationen gemeldet haben, bestätigt oder dementiert werden sollen. Die Vereinigung sagte, sie melde "schärfsten Protest" an für den Fall, daß Mitgliedern von Sinti- und Roma-Familien nicht unter den vollen Schutz des Rechts gestellt werden. Beobachter sagten, daß der Brief widersprüchlichen Berichten darüber folge, wer die Deportation der Zigeuner ausführen solle.
Vertreter der Polizei in verschiedenen deutschen Städten teilten mit, sie hätten keine Anweisungen für die Vorbereitung von Deportationen erhalten. Andere Polizeibeamte dagegen, die wünschten, daß ihre Identität nicht bekannt werden soll, sagten, daß die "Deportationen bereits begonnen" hätten und "alles werde heimlich durchgezogen." Gewöhnlich gut unterrichtete Kreise sagten, daß die Deportationen von Eliteeinheiten des Bundesgrenzschutzes durchgeführt werden sollten.

von John Rayburn
Berlin: Nazis führten ihre wüsten Angriffe gegen Fremde auch an diesem Wochenende fort. Im westdeutschen Geisenheim, in Südhessen, riefen Nazis die Parole "Sieg Heil" und schleuderten Molotowcocktails und brennende Fackeln gegen ein Hotel, in dem Flüchtlinge untergebracht sind. Mindestens ein Flüchtling wurde verletzt und mußte mit Rauchvergiftungen in ein Krankenhaus gebracht werden. Ebenfalls im westdeutschen Regensburg randalierten Nazis. Sie warfen mit Steinen nach Ausländern und versuchten, eine Flüchtlingsunterkunft in Brand zu stecken.
Die Belagerung der Nazis im ostdeutschen Wismar dauerte bereits den sechsten Tag. Die Regierung weigert sich entschlossene Maßnahmen gegen den braunen Mob zu unternehmen. Die Behörden warteten bis die Faschisten erneut begannen, ein Haus voller Flüchtlingen anzugreifen, bevor sie 200 Polizeibeamte dorthin schickten. Wie ein Reporter vor Ort berichtete bewarfen die Nazi-Angreifer das Haus mit faustgroßen Steinen. Auch Brandbomben (wahrscheinlich Leuchtspur, Anm. d. Übers.)wurden gegen das Haus abgeschossen. Die Behörden dagegen setzten ihre Linie fort, wonach sie sowohl den angreifenden Nazis als auch den hunderten von Wismarer Bürgern entgegenkamen, die die Angreifer unterstützten. Die Landesbehörden sagten, sie könnten für die Sicherheit der Ausländer in Wismar nicht garantieren und forderten diese auf, so schnell wie möglich Wismar "im Interesse ihrer eigenen Sicherheit" zu verlassen.

von Harold Markus und Herschel Scott
Amsterdam/Bonn: Am vergangenen Samstag erklärte ein Sprecher der Roma, daß die Anordnung Deutschlands für die Massendeportationen von zehntausenden von Zigeunern "ein deutliches Zeichen" dafür sei, "daß die deutsche Regierung die Politik der Nazis wieder einführen" wolle. Eine gut unterrichtete Quelle aus der holländischen Regierung teilte mit, daß es "informelle und unverbindliche Gespräche" über die deutschen Anordnungen für Deportationen zwischen verschiedenen europäischen Ländern und Vertretern der US-Regierung am Wochenende gegeben habe. Organisationen der Zigeuner trafen sich am Samstag in Amsterdam zu einer Krisensitzung um die kritische Lage zu beraten. Während aber weltweit der Schock über das Vorgehen der Kohl-Regierung bewußt wurde, wurde die deutschen Bevölkerung nicht informiert. Die Fernsehzuschauer und Zeitungsleser schwiegen über die Anordnungen der Massendeportationen. Ein erfahrener deutscher Journalist sagte, die Regierung "gebe nichts zu. Absolut nichts." Ein anderer Reporter meinte, die Berichte über Deportationen in nicht-deutschen Medien seien "Lügen". Roma und Sinti forderten in Amsterdam internationale Hilfe um "unsere Verfolgung durch das Vierte Reich zu stoppen." Ein Sprecher der Roma verurteilte die deutschen Verantwortlichen, die die Zigeuner für die Deportationen verantwortlich machten. "Wieder einmal haben wir es mit der Lüge von Auschwitz zu tun. Es ist genauso, wie gesagt wurde, daß Auschwitz nicht passiert wäre, hätte es nicht soviele Juden gegeben." Obwohl die deutschen Medien Stillschweigen über die Deportationen bewahrt hatten, feierte bereits die schnell anwachsende Nazi-Bewegung im Land. Jugendliche Nazisturmtruppen

terrorisierten Unterkünfte von Roma und Sinti in mindestens fünfzehn deutschen Städten am frühen Sonntagmorgen. In einem deutschen faschistischen Propagandablatt, Europa Vorn wurde der Beobachter der Roma bei den Vereinten Nationen als "Analphabet" beschimpft.

von Brenda Williams
Berlin: Schullehrern in der brandenburgischen Stadt Altdöbern wurde verboten mit den Schülern über "Ausländerprobleme" zu diskutieren. Den Lehrern wurde von den Schulbehörden mitgeteilt, sie sollten sich nicht mit Diskussionen darüber einmischen, wie Naziangriffe verhindert werden könnten. "Die Schule muß unpolitisch bleiben," war die Begründung. Der Maulkorb für die Lehrer wurde auf einem Wochenend-Seminar über Rechtsextremismus bekannt. Lehrer aus dem Bezirk von Kalau verurteilten die "passive" Haltung der politisch Verantwortlichen bezüglich der Nazi-Angriffe. Die Schulkinder "leben in Angst" davor, ihre eigene Meinung auszudrücken, sagten die Lehrer. Ein Lehrer hatte die Schüler aufgefordert, ihre Meinung über die Angriffe der Nazis aufzuschreiben. In einem anonymen Bericht hieß es: "Ich kann meine Meinung nicht sagen weil die anderen mich zusammenschlagen, wenn ich es tue." Die Teilnehmer des Seminars forderten sofortige Maßnahmen um zu verhindern, daß "die Kinder wieder direkt ins Vierte Reich marschieren."

International Herald Tribune
18. September 1992

DEUTSCHLAND WILL ZIGEUNER DEPORTIEREN
von Marc Fisher
Washington Post Dienst

Berlin: Inmitten einer Welle von ausländerfeindlichen Gewalttaten, von denen sich viele gegen Zigeuner richten, hat Deutschland entschieden, tausende von Rumänen zu deportieren, von denen die meisten Zigeuner sind. Die Massendeportation fällt in eine Zeit, wo die deutschen Parteien kurz vor einer Einigung darüber stehen, daß das verfassungsmäßig garantierten Recht auf politisches Asyl begrenzt werden soll. Dieses Recht war von Westdeutschland kurz nach dem zweiten Weltkrieg garantiert worden um die Verantwortung für den Völkermord der Nazis zu symbolisieren. Die Zigeuner, von denen viele vor der Unterdrückung durch rumänische Nationalisten flohen, machen eine Zahl von ca. 30.000 der 280.000 Ausländer aus, die in diesem Jahr nach Deutschland kamen und Asyl suchen. Die Flut der Einwanderer in ein Land, in dem es offiziell keine Einwanderung gibt, hat einen öffentlichen Aufschrei ausgelöst. Das geht hin bis zu mehr als 1000 gewalttätiger Angriffe auf Ausländer in diesem Jahr und dem Ergebnis einer nationalen Umfrage, wonach eine Mehrheit der Deutschen sagte, sie stimmten mit dem Satz überein, daß "Deutschland den Deutschen gehört". Innenminister Rudolf Seiters sagte der Tageszeitung Bild, daß die Vereinbarung mit der rumänischen Regierung, ihre Staatsbürger zurückzunehmen, denen das Recht auf Asyl in Deutschland verweigert wird, "ein wichtiger Erfolg in meinen Bemühungen ist, die abgewiesenen Asylbewerber zurückzuschicken." Herr Seiters wird in der kommenden Woche nach Rumänien reisen, um den Vertrag zu unterzeichnen. (Anm. d. Übers.: der Vertrag wurde am Donnerstag, 24. September, unterzeichnet) Die Zeitung berichtete, daß die Deportationen am 1. November beginnen sollen.
Bild begrüßte die Deportationen als einen Beweis dafür, daß die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl "Ernst macht im Kampf gegen den Mißbrauch des Asylrechts". Deutschland weist fast alle Asylanträge von Rumänen zurück, egal ob von Zigeunern oder ethnischen Rumänen. Die Maßnahme wurde in einer ungewöhnlich untertriebenen Weise am Donnerstag bekanntgegeben, als Bonns Innenminister den Bericht in der Bild-Zeitung bestätigte, daß es zwischen Deutschland und Rumänien zu einem "geheimen Abkommen" über die Massendeportationen gekommen sei. Ein Sprecher des Innenministerium sagte gegenüber der Washington Post, es gäbe keine Stellungnahme zu dem Thema. Zuvor war eine Kopie einer Stellungnahme des Innenministeriums an Reuter geschickt worden. Daraufhin angesprochen leugnete der Sprecher die Existenz einer solchen Stellungnahme. Die deutsche Presseagentur dpa hingegen sagte, das Ministerium habe Einzelheiten über das Abkommen mit Rumänien bestätigt. In der Stellungnahme des Ministeriums heißt es, daß die Vereinbarungen über die Deportationen nach "monatelangen Verhandlungen mit Rumänien" zustandegekommen seien. In der Stellungnahme wurde nicht mitgeteilt, was Rumänien möglicherweise als Gegenleistung für seine Bereitschaft dafür gefordert hat, eine Rückführung seiner Bürger zu akzeptieren. Die Zigeuner vergegenwärtigen für die Deutschen ein Dilemma. Die Nazis verfolgten die Zigeuner und ermordeten 500.000 von ihnen in den Konzentrationslagern. Sie hinterließen dem modernen Deutschland das, was ein Berater von Herrn Kohl eine "besondere Verantwortung" für die Personen nannte, die sich als Romani bezeichnen. Doch die Ankunft von zehntausenden von Zigeunern in deutschen Städten und Dörfern war wie eine brennende Lunte für die ausländerfeindliche Haltung, die in der unsicheren Zeit seit der deutschen Wiedervereinigung das Land überrollt hat. Als Neonazis im vergangenen Monat ein Gebäude in der ostdeutschen Stadt Rostock in Brand setzten, war das Hauptziel ihres Angriffs eine Gruppe von Zigeunern, die Asyl beantragt hatten und dort von der Regierung für die Dauer ihrer Antragsbearbeitung untergebracht worden waren. Anwohner in der Rostocker Nachbarschaft, wo die Angriffe stattgefunden hatten, sagten gegenüber der Washington Post, daß die Gewalt gegen die Zigeuner berechtigt seien, denn sie seien "dreckig" und "unordentlich". Der Mechaniker Hans Widera, 56 J. alt, sagte: "Wir haben bewiesen, daß wir Ausländern gegenüber freundlich sind, denn wir hatten immer Vietnamesen hier und es gab mit ihnen keine Probleme. Unser einziges Problem waren die Zigeuner. Sie stinken wie ein Müllhaufen. Sie haben unsere deutschen Frauen angegriffen. Natürlich bin ich gegen Gewalt, aber ist es hier nicht viel schöner ohne die Zigeuner? Schauen Sie sich doch hier um und fragen sie sich selbst, was Sie tun würden, wenn sie hier lebten?" Die Ablehnung gegenüber den Zigeunern beschränkt sich nicht nur auf diejenigen, die unter den Schwierigkeiten des Landes aufgrund der wirtschaftlichen Umstellung des früheren kommunistischen Ostens zu leiden haben. Nachdem der Direktor einer der größten deutschen Banken in Deutschland diese Woche sagte, Deutschland brauche eine Einwanderungsquote ähnlich der von den Vereinigten Staaten von Amerika, fügte er hinzu: "Aber ich muß sagen, wenn Sie in so ein kleines deutsches Dorf kommen, in dem die Leute seit Jahrhunderten zusammengelebt haben und Sie sehen plötzlich diese Leute mit ihrer eigenartigen Kleidung, wie sie im Kreis sitzen, um sich herum lauter Dreck, na, die passen einfach da nicht rein." Zigeuner fallen in Deutschland sehr auf. Ihre Kleider sind in leuchtenden Farben, oft dreckig und viele der Zigeunerfrauen und Kinder sitzen auf den Gehwegen und betteln. Gleichzeitig ist Deutschland, wo schon seit dem 15. Jahrhundert Zigeuner gelebt haben, auch die Heimat von einer Gemeinde von 60.000 Zigeunern, die sich längst eingelebt haben, mit deutschen Pässen, die sehr angepaßt und nicht selten auch einflußreich sind. "Wir sind empört von der neuen Hetzkampagne gegen die Zigeuner, die durch die deutschen Medien und Politiker lanciert wird," sagte Fritz Greussing, ein Mitarbeiter des Zentralkomitees der Sinti und Roma - was die deutsche Bezeichnung für Zigeuner ist - in Heidelberg. Führende deutsche Politiker haben in den letzten Tagen von einem "Zigeunerproblem" im Land gesprochen. Herr Greussing beschuldigte die Bonner Regierung die Gewalt gegen Zigeuner dadurch zu schüren, daß sie die Argumente der radikalen Rechten, Deutschland werde durch die Einwanderergruppe überschwemmt, akzeptiert. Am Donnerstag allerdings versuchte Deutschland seine Bemühungen zu steigern, um die Gewalt der Neonazis zu brechen. Bei eine Reihe von Razzien verhaftete die Polizei in Sachsen sieben Neonazis und stellte rassistische Flugblätter sicher.

INFORMATIONS-ZENTRUM
FÜR
FREIE VÖLKER

PRESSEERKLÄRUNG 45 — 29.9.92

Die Hinrichtungen ohne Gerichtsurteil in der Türkei und Kurdistan gehen weiter!
Letzte Nacht und heute Morgen waren wieder eine Nacht und ein Tag des Staatsterrorismus.
Hier die Liste der Ereignisse der letzten 24 Stunden:

Istanbul, Beleyerbeyi: Bei einer Polizeioperation heute Morgen um 8.00 Uhr wurden Bülent PAK und Elif Aluc AKARSU ermordet. Weil sie vorher aus dem Haus gegangen war, um Zeitungen zu holen, entging Mesude PEHLIVAN der Hinrichtung. Sie wurde vor dem Haus lebend festgenommen.

Istanbul, Balat: Hier führte die Polizei eine weitere Operation durch. Hierbei wurde Nursel DEMIRDÖVÜGÜ, unter den Augen der Bevölkerung und zahlreicher Journalisten festgenommen. Noch nach ihrer Festnahme äußerte sie vor laufenden Kameras, daß sie der Polizei nicht traue und weiterhin mit ihrer Hinrichtung rechne.

Istanbul, Icerenköy: Hier wurde bei einer weiteren Polizeioperation Makbule SEVIMLI ermordet.

Sivas, Zara: Bei einem Gefecht mit den "Sicherheitskräften" in dem Dorf Büyükgüney fanden zwei Revolutionäre den Tod.

Außerdem zahlreiche Festnahmen in Izmir, Aydin, Denizli und Istanbul.

Die Polizei mordet systematisch und Tag für Tag. Fünf Hinrichtungen und fünfzehn Festnahmen innerhalb von 24 Stunden! Deutlicher läßt sich der brutale Charakter der DYP-SHP-Regierung nicht zeigen.
Für jeden , der die Verwirklichung der Menschenrechte ernst nimmt, ist es eine Notwendigkeit, gegen diese "Politik" seine Stimme zu erheben und dagegen zu protestieren.-

Unserer Presseerklärung Nr.45 vom 29.09.92 fügen wir hinzu:

Die Namen der Personen, die am 28.09.92 von der Polizei in der Türkei ermordet wurden, stehen inzwischen fest.
Der Polizeipräsident und der Gouverneur von Istanbul wußten auf einer Pressekonfernz nach den Massakern sogleich zu berichten, an welchen bewaffneten Aktionen die Getöteten teilgenommen hätten. Ihre Namen wußten sie jedoch nicht!
Auch die Tageszeitungen berichteten über Aktionen der Getöteten, druckten ihre Bilder - ihre Namen jedoch nicht.

Die Presse veröffentlicht jede Verlautbarung der Polizei, ohne sie auf ihre Glaubwürdigkeit zu prüfen. So zum Beispiel diese:
"Die Getöteten wurden aufgefordert, sich zu ergeben".
Nachdem die Polizei ihre Operation beendet hat, wird die Wohnung der Ermordeten mit Waffen vollgestopft, um sie Stunden später der Presse zu präsentieren.
Was für eine "Demokratie", deren Behörden, Polizei und Presse sich erlauben können, vor der Weltöffentlichkeit in derart ungehemmter Weise zu lügen.
Die Polizei ermordet Menschen, deren Identität sie nicht kennt; Gleichzeitig werden diese Menschen für die Beteiligung an Aktionen verantwortlich gemacht, die die Polizei nicht aufklären kann.
Zu allen Hinrichtungen ohne Gerichtsurteil gehört diese Inszenierung: "Der Täter im Mordfall H. Sayin...", oder "die Täterin im Mordfall..." Allein bis heute wurden 10 Personen, die bei derartigen Hinrichtungsaktionen der Polizei ums Leben kamen, im nachhinein als "Täter im Mordfall Sayin" identifiziert. Und mehr als 20 Personen werden in diesem Fall angeklagt.

Nochmal: Diejenigen, die umstellte Wohnungen stürmen, kommen um zu töten. Ihre Operationen erledigen sie innerhalb von 15 Minuten !

Die von der Polizei hingerichteten Personen heißen:
Makbule SÜRMELI, geb. 1966
Kayhan TAZEOGLU, geb. 1970
Fatma SÜZEN, geb. 1972

Anarchismus in Peru

Kampagne zur Freilassung von Andres Villaverde

Peru ist ein Land an der Schwelle zum Bürgerkrieg.
Der Putsch gegen die konstitutionelle Regierung durch den jetzigen Präsidenten Alberto Fujimoro, bei dem die Exekutive der peruanischen Regierung stark an Macht gewann, war eine Reaktion gegen die weitgehende soziale Unzufriedenheit. In Berichten über die peruanische Opposition haben sich die Medien größtenteils auf den "Sendero Luminoso" ("Leuchtender Pfad") konzentriert, eine maoistische Guerilla Organisation. (Der eigentliche Name der "Sendero" ist: "Kommunistische Partei Peru's" oder PCP). Aber es gibt noch eine ganze Reihe weiterer aufständischer oder potentiell aufständischer Kräfte in Peru.

ANARCHISMUS UND "SENDERO LUMINOSO"

Die peruanische anarchistische Bewegung ist klein aber tatkräftig. Allein in Lima geben die AnarchistInnen zwei Untergrund-- Zeitschriften heraus, "Bandera Negra" ("Schwarze Fahne") und "La Protesta" ("Protest"). Sie arbeiten mit der peruanischen Mienenarbeiter Gewerkschaft zusammen und versuchen eine anarchistische Druckerei aufzubauen. Trotz der Arbeit die sie leisten ist ihre Situation, wie die vieler Menschen in Peru, verzweifelt, und sie benötigen internationale Unterstützung.
AnarchistInnen in Peru kämpfen an mehreren Fronten: Sie bekämpfen die kapitalistische Regierung, wehren sich aber auch gegen die PCP. Die Gründe für den Kampf gegen die PCP sind vielschichtig aber eindeutig. AnarchistInnen sind anti-autoritär - wir glauben, daß im Kern der verschiedenen Systeme der Unterdrückung das Autoritäre die grundlegende Beziehung ist, und die Wurzel der Unterdrückung bedeutet. Wenn Macht die Fähigkeit ist, jemand etwas gegen seinen Willen tun zu lassen, dann ist Autorität die Fähigkeit, jemand glauben zu machen daß er etwas tun muß. Die Geschichte der kommunistischen Revolutionen in Europa, Lateinamerika und Asien hat gezeigt, daß es möglich ist gewisse soziale Beziehungen zu zerstören, daß es aber unmöglich ist, die Klassengesellschaft (oder die patriarchalische Gesellschaft, oder die rassistische Gesellschaft) zu überwind n, ohne die allgemeinen Machtbeziehungen zu zerstören. So lange, wie es eine Gruppe für akzeptabel hält, über Andere Macht auszuüben, sind wir nicht frei.
Die PCP ist eine autoritäre Organisation. Weil sie in de[illegible] war gegen die verhaßten Repräsentanten der herrschenden peruanischen Klasse zu handeln, hat sie weitreichende Zustimmung unter den peruanischen LandarbeiterInnen gefunden, und ihre Unterstützung in den städtischen Wellblech-Bezirken von Lima wächst.
Die PCP mag als die beste Chance für die peruanische Bevölkerung gelten, von amerikanischer, japanischer und anderer imperialistischer Vorherrschaft wegzukommen, aber der Preis eines Sieges des Sendero ist sehr hoch. Sendero Luminoso ist nicht nur für seine Brutalität gegen Peru's Regierende bekannt, sie richtet sich genauso gegen jede autonome Opposition, die die totale Kontrolle der PCP über den revolutionären Prozeß bedroht.
Die Revolution in Peru ist weder Erfindung noch Besitz der Peruanischen Kommunistischen Partei. Sie ist das Ergebniss der Ausbeutung und Unterdrükkung des peruanischen Volkes und seiner Bestimmung, die schlimmen Verhältnisse durch den Sturz des herrschenden Systems zu überwinden.
Die PCP hat sich den Leuten, die sich in diesem Prozeß befinden mit Erfolg angeboten, aber sie sind nicht die einzigen, und die Zukunftsvision der PCP ist nicht die der Revolution.
Die peruanischen AnarchistInnen stehen für eine Revolution, die von unten durch das Volk selbst kontrolliert ist und nicht von irgendeiner Partei oder selbsternannten Führern beherrscht wird.

Das läßt unsere anarchistischen KameradInnen in Peru zu potentiellen Zielen von PCP-Gewehren werden.
Die Bewegung des peruanischen Anarchismus bietet die beste Chance dafür, daß die Revolution in Peru einen antiautoritären Charakter annehmen könnte.
Es ist wichtig anzuerkennen, daß die PCP einen Teil der revolutionären Bewegung repräsentiert. Sie ist auch ein Symbol des populären Wiederstands gegen den Imperialismus. Aber die Revolution, die die PCP verspricht, ist keine, die den Menschen wirkliche Kontrolle über ihr Leben bringen wird.

ANDRÉS VILLAVERDE - POLITISCHER HÄFTLING

Andrés Villaverde ist ein anarchistischer peruanischer Gefangener. Er wurde am 27.10.1992 verhaftet, und der Sabotage beschuldigt. Er blieb seitdem in Untersuchungshaft, nachdem sein Fall von der lokalen Polizeibehörde direkt an DINCOTE (Anti - Terror - Behörde) weitergegeben wurde. Nachdem die Polizei keine Beweise gegen Andrés Villaverde finden konnte, wurde er beschuldigt ein Mitglied der PCP zu sein, und sie schickten ihn nach "Castro-Castro", Peru's Hochsicherheitsgefängniss. Nun, ein Jahr später wurde sein Fall immer noch nicht vor Gericht eröffnet. Er hat keine Rechte, darf keinen Anwalt hinzuziehen und kann keinen Besuch von Freunden oder Verwandten empfangen.

INTERNATIONALER AKTIONSTAG

Die Internationale Kampagne zur Freilassung von Andrés Villaverde ruft zu einer Öffentlichkeitskampagne gegen Fujimoro's Regierung auf, die die Freilassung von A. Villaverde erreichen soll. Zusätzlich zur Bitte, Petitionen, Telefaxe, Telegramme und Briefe zu schreiben, rufen wir zum internationalen Aktionstag am 30.Oktober 92 auf. Wir fordern die GenossInnen auf der ganzen Welt auf, an diesem Tag vor peruanischen Botschaften, Konsulaten und Vertretungen zu demonstrieren. In der Vergangenheit waren solche Öffentlichkeitskampagnen durchaus erfolgreich, speziell in der Freilassung und Einstellung aller Verfahren durch die russische Regierung gegen die Anarchisten Alexej Rodionov und Alexander Kuznetsov. Auch kleine Demonstrationen werden vom Botschaftspersonal nach Lima gemeldet. Als die Kampagne zur Unterstützung des anarchistischen US - Häftlings Kenny Tolia lief, gab es in Moskau, Minsk, Warschau, New York und anderen Städten Demonstrationen und von überallher kamen Petitionen, aus England, Russland, Nicaragua und Schweden. Wirglauben, daß eine koordinierte Kampagne für A. Villaverde sehr wirkungsvoll sein kann.

ANARCHISMUS IN PERU UNTERSTÜTZEN

Nicht nur A. Villaverde sondern die gesamte peruanische Bewegung braucht internationale Unterstützung. Sie bitten um Material mit dem ihren Organisationen geholfen werden kann: Gedrucktes (auf Spanisch), Musik und Videos für ihr Gemeinschafts - Center und ähnliches Material. Wegen der Unterdrückung in Peru haben uns die GenossInnen gebeten, die Internationale Kampagnen Adresse für die Verbreitung von Informationen und der Bitte um Materialhilfe zu benutzen. Ihr könnt an die GenossInnen in allgemeinen Dingen schreiben, aber bitte mit Vorsicht. Schreibt nichts, was die GenossInnen in Peru oder euch belasten könnte. Erwähnt nicht Anarchismus. Schickt kein Geld.

Adressen:

José Mata D.
Zumaran 315
Urb. Santa Catalina
Lima 13, PERU

"Bandera Negra"
Residencial San Felipe 14-B-121
Lima 11, PERU



Hände weg von der Oberbaumbrücke !

wir haben in der nacht vom 11. auf den 12.10.92 im mittelweg in neukölln einen lkw der firma brandt entlüftet und besprüht.sie ist verantwortlich für den unbeliebten bauzaun auf der brücke.
oberbaumbrücke bleibt stadtringlücke.

kommando willy brandt



TROMMELN IN DER NACHT

VOLXSPORT

Sanfte Schläg e auf das Autoblech erhöhen das Denkvermögen.
Opel Gillwald darf jetzt darüber nachdenken, warum wir in der Nacht vom 11. auf 12.oktober 92 eine ganze Reihe seiner Neukarossen auf dem Parkplatz in der Oranienstrasse mit Hammerschlägen im Rahmen unserer Schlagzeugperformance hoffentlich gänzlich ruiniert haben.
Vielleicht kommen die Gillwaldgängser dann darauf, daß der Bau ihres neuen Hochhauses Oranien- ecke Prinzessinnenstr. doch nicht das Gelbe vom Ei ist. Die Struktur des Kiezes wird durch hohe Gewerbemieten und entsprechend schmierige Ferkelfirmen bzw geleckte Bonzenbüros, die dort einziehen wollen, weiter zerstört werden. Nicht, daß wir annnehmen, daß die seelenlosen Finanzhaie nun auf einmal von sozialen Gefühlen übermannt werden. Aber sie müssen wissen, daß der Kampf gegen Umstrukturierung einen langen Atem hat und jedes neue Projekt ein Angriffsziel mehr darstellt. Gillwald ist nicht der einzige, der sich vorgenommen hat, von der Goldgräberstimmung zu profitieren. Den neuen Claim am Moritzplatz werden wir allerdings nicht hinnehmen. Klar, Gillwald ist nur ein kleiner Fisch. Aber es stinkt uns ganz gewaltig, daß dort eine Miniaturausgabe vom Potsdamer Platz entstehen soll

WIEDERSTAND MUß SICH WIEDER LOHNEN

Bonzen raus
Oberbaumbrücke bleibt Stadtringlücke
AUTONOME GRUPPEN/ TENDENZ der Kampf geht weiter

Zerstörungswut: Szene-Autonome demolierten 35 nagelneue Autos

Bombendrohung an Berliner Börse
Staatsschutz sieht steigende Gewalt

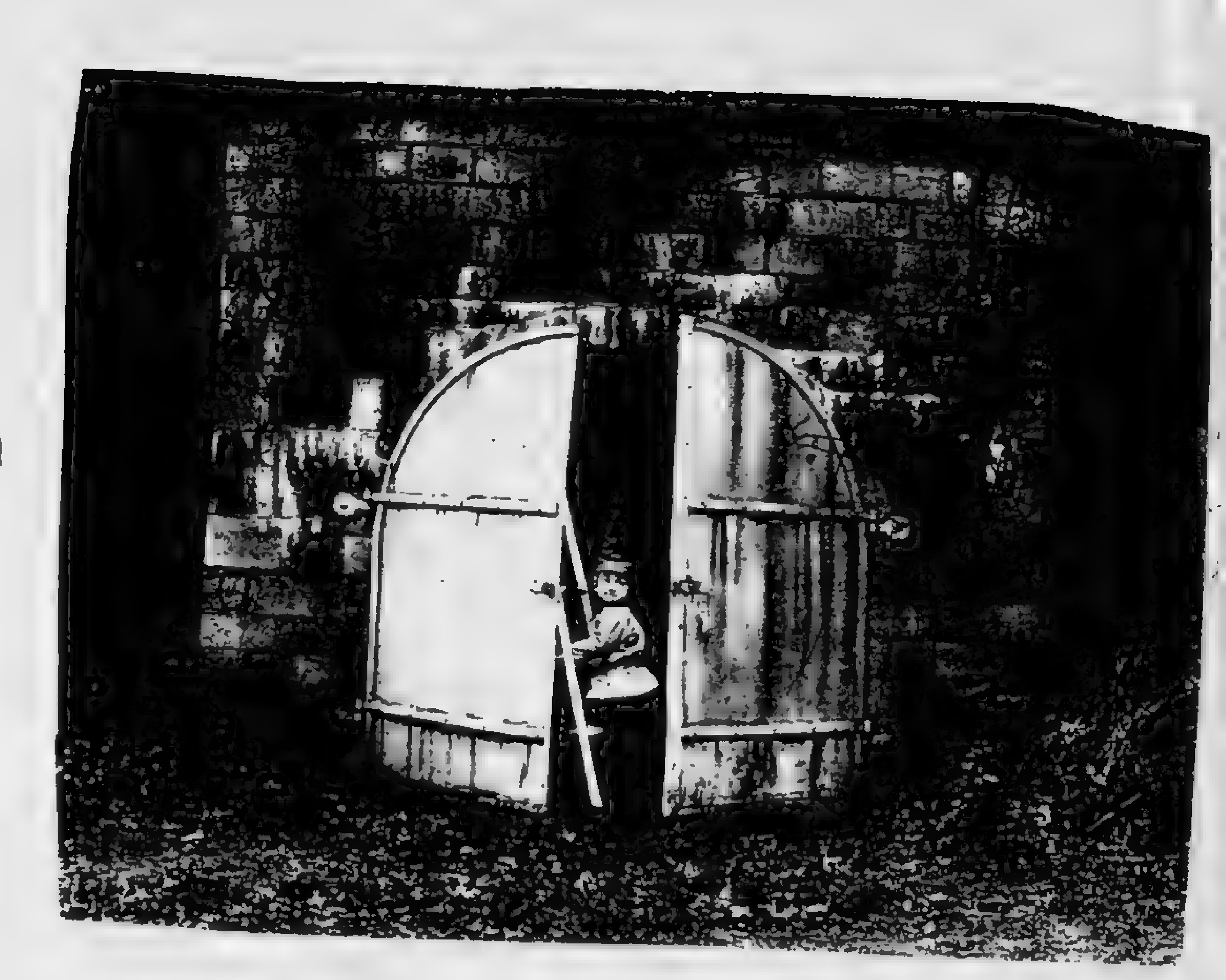
Sinnlose Zerstörung in Kreuzberg: Nachdem in der Nacht zum Sonntag Mitglieder der sogenannten autonomen Szene mehrere teure Autos auf verschiedenen Straßen mittels Brandsätzen zerstört hatten, schlugen sie nur 24 Stunden später erneut zu. Opfer diesmal ein Autohändler an der Oranienstraße nahe dem Moritzplatz. Nach Angaben der Polizei demolierten die Täter 35 neue Autos auf dem Abstellplatz.

Anwohner alarmierten die Polizei, nachdem mehrere Männer den Zaun des Parkplatzes überstiegen und sich mit Schlagwerkzeugen über die Autos hergemacht hatten. Anschließend flüchteten die Randalierer, die alle helle Kapuzenpullover trugen,

Die Angestellten der Firma betraten gestern früh ein Schlachtfeld. Der Mitarbeiter Klaus H. (50) meinte: „Das ist reinste Zerstörungswut. So etwas habe ich noch nicht gesehen." Alle auf dem Platz stehenden Autos seien beschädigt worden. Dach, Kofferraum oder Kotflügel seien mit spitzen Gegenständen bearbeitet, viele Scheiben eingeschlagen worden. An jedem der Autos, die durchschnittlich einen Neuwert von 30 000 Mark haben, sei ein Schaden von mindestens 4000 Mark entstanden, erklärte der Angestellte. Das Gelände ist nur von einem etwa zwei Meter hohen Zaun umgeben – für Randalierer kein großes Hindernis.

Beim Staatsschutz der Polizei, der in beiden Fällen ermittelt, hieß es gestern, daß seit dem 1. Oktober eine zunehmende Gewaltbereitschaft zu spüren sei – hervorgerufen durch Flugblätter und Plakate. Auf einem heißt es: „Wir werden erst dann glücklich sein, wenn der letzte Kapitalist mit den Gedärmen seines letzten Handlangers aufgehangen wurde! – Gegen Spekukanten, ihre Stadtplaner und Politiker."

VOLXSPORT



wir haben am donnerstag, 10.9., die kneipe „zum hein" in andernach am rhein gut mit farbeiern und buttersäure eingedeckt, nachdem die örtlichen reps bekanntgaben, dort einen stammtisch etablieren zu wollen.
sie haben bei uns bisher kein bein auf die erde bekommen und so soll's auch bleiben.
kommando flexibles hinterland/west

Bombenstimmung in der Börse am 12.10.92

500 Jahre imperialistische Weltordnung sind kein Grund zum Feiern!

Aus Solidarität mit dem Widerstand der Indigenas Lateinamerikas haben die Börsianer Berlins für 1,5 Std.am 12.10. ihre Arbeit niedergelegt.
Bei bombiger Stimmung harrten sie in der Kälte vor der Tür aus. Auch die Industrie - und Handelskammer schloß sich spontan dem Streik an.

Eine Bombendrohung macht zwar noch keine Revolution, doch hat sie die Börsengeschäfte, die für Ausbeutung mitverantwortlich sind, für 1,5 Std. verhindert.

Solidarität mit dem indigenen-, schwarzen- und Volkswiderstand Lateinamerikas! 500 Jahre sind genug !

Kommando TUPAC AMARU

Möglicherweise geht eine anonyme Bombendrohung, die gestern vormittag bei der Berliner Börse einging, ebenfalls auf das Konto der Kreuzberger Szene. Der Börsensaal und das angrenzende Gebäude der Industrie- und Handelskammer wurden aus Sicherheitsgründen geräumt. Der anonyme Anruf ging kurz nach 11 Uhr im Sekretariat des Börsenvorstands ein und wurde möglicherweise von einem Tonband abgespielt. Danach sollte um 11.30 Uhr eine Bombe in der Börse hochgehen. Diese Zeit verstrich, ohne daß es zu einer Explosion kam. W. Scharfenecker/lll

Nazi-Aufmarsch am 24.10.1992 in Zirndorf

Die NPD hat für den 24. Oktober eine Demonstration auf dem Koppenplatz im Zirndorfer Stadtzentrum angemeldet. Im Frühjahr war zwar ein NPD-Aufmarsch direkt vor das Sammellager aus Sicherheitsgründen verboten worden. Diesmal rechnen die Verantwortlichen der Stadt Zirndorf laut Nürnberger Nachrichten (NN) jedoch nicht mit einem solchen Verbot, auch wenn es beantragt werde, wohl weil die Faschodemo nicht unmittelbar vor dem Lager stattfinden soll. Die Entscheidung liegt zunächst beim Landratsamt.

Dabei droht, so titelt die NN, die "Stimmung in Zirndorf langsam umzukippen". Zirndorf könnte der Ausgangspunkt dafür werden, daß die häßlichsten Auswüchse der jüngsten Welle der Pogrome auch in Bayern stattfinden. Das bayerische Sozialministerium hat mit seiner Unterbringungspolitik menschenunwürdige Bedingungen für die Flüchtlinge geschaffen. Das Sammellager hat eigentlich nur 450, zur Not auch 600 Plätze, ist aber mit derzeit 1200 AsylbewerberInnen in notdürftigen Zeltunterkünften vollkommen überbelegt...
In der Bevölkerung wird schon seit Jahren von PolitikerInnen aller großen Parteien die Stimmung gegen die Flüchtlinge geschürt. Bürgermeister Virgilio Röschlein (SPD) erlangte bereits in den achtziger Jahren traurige Berühmtheit, als er das städtische Bad für Leute aus dem Sammellager "wegen Seuchengefahr" schloß und schließlich sogar eine "Bürgerwehr" gegen AsylbewerderInnen forderte. Auf der anschließenden Protestkundgebung ließ er dann die Feuerwehr in Wichs und Stiefel antreten.

Auch wenn dieser Bürgermeister seine Einwohnerschaft diesmal bittet, der NPD-Kundgebung fernzubleiben, hat er mit seiner Politik im vergangenen Jahrzehnt die Grundlage dafür gelegt, daß eine Pogromstimmung innerhalb der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fallen könnte. Fernbleiben und wegschauen ist daher die Devise für alle, die sich mitverantwortlich machen.

Wir rufen daher alle FreundInnen der Flüchtlinge auf, dorthin zu kommen und sich einzumischen:

Gegen Pogromstimmung und Rassismus, in Zirndorf und anderswo!

Schützt das Sammellager in Zirndorf!

Verhindert den Nazi-Aufmarsch in Zirndorf!

Althans *spricht*

Über seinen Anrufbeantworter verbreitet Ewald Althans die Mitteilung, seine Vereine AVÖ und DJBW stellten ab sofort ihre "öffentliche" Arbeit ein. Das Büro in München war bisher ein Anlauf- und Koordinationspunkt für die militant-terroristische und die Revisionisten-Szene.
Aus seiner Ansage (1.10.92):
Es gilt, im Rahmen der Eskalation, im Rahmen des immer mehr Durchdrehens vieler Kräfte im nationalen Lager und des unkon-

trollierten und unüberlegten Handelns Systeme und Alternativen zu erarbeiten.
Wir haben für den nationalen sozialistischen Widerstand geleistet (Anmerkung: eine Formulierung, die bei Althans immer wieder auftaucht.
Vermutlich juristische Absicherung wie die gespreizten Finger beim
Hitlergruß. Soll heißen: 'Wir haben für den Nationalsozialismus Widerstand geleistet.') *und wir wollen auch weiter unseren Zielen treu bleiben.*
Wir wollen uns nicht überschwenglich falsch verhalten wie leider im
Moment die quantitative Entwicklung im Nationalen Lager es beweist.
Unsere Zeit ist da!
Die Revolution hat begonnen!
Und wir sind nicht in der Lage, mit ihr fertig zu werden. Deshalb gilt es gerade jetzt, neue Konzepte zu erarbeiten. Dieser Laden, das AVÖ und das DJBW haben sich selber überlebt, indem sie in der Form nicht mehr das leisten können, was die derzeitige Situation von uns erwartet. In Absprache mit Ernst Zündel, im Rahmen der geltenden Gesetze der Bundesrepublik Deutschland, (Anmerkung: Haha! Im Klartext heißt das: Wir verlegen unsere Zentrale ins Ausland) *werden wir eine veränderte Arbeitsweise im Jahr 1993 in Angriff nehmen.*
Es ist sinnlos, eine Nachricht auf diesem Gerät zu hinterlassen, da der Zulauf und die Inanspruchnahme unseres Angebots zum totalen organisatorischen Zusammenbruch geführt hat.
(...)"

Der Trend in der Szene geht allem Anschein nach in den Untergrund und zum bewaffneten Kampf. Althans sorgt sich darum, wie man auch unter diesen Bedingungen die neofaschistische Infrastruktur erhalten kann.

{02.10.92}

175. Wartburgfest der Deutschen Burschenschaft

175 Jahre Nationalismus, Rassismus und Sexismus

Was feiert eigentlich die Deutsche Burschenschaft auf der Wartburg?
Sie feiert, daß ihre Mitglieder 1920 in Mechterstädt bei der Ermordung von 15 Arbeitern mitwirkte.
Sie feiert, daß seit 1920 kein "Jude oder Judenstämmling" mehr Mitglied bei ihr werden kann (Eisenacher Beschlüsse). Sie feiert die Beteiligung von Burschenschaften an Hitlers Marsch auf die Feldherrnhalle 1923, zu dem sie sich mit Stolz bekannt haben.
Sie feiert ihre aktive Beteiligung an der Bücherverbrennung 1933, um ..."gegen Schmutz und Schund, aber für volksbewußtes Denken und Fühlen" zu sorgen.
Sie feiert die Übergabe ihrer Fahne an den Nationalsozialistischen deutschen Studentenbund auf dem Wartburgfest 1935. Damals erklärten sie: "Das Ziel der Deutschen Burschenschaften, die Einheit und Macht des Deutschen Volkes, ist durch den Führer und die NSDAP in einer Weise erreicht, wie es sich die Männer des Wartburgfestes 1817 nicht schöner hätten denken können."

Sie feiert ihre Forderung nach einer Generalamnestie für Nazi-Verbrecher im Jahre 1952.
Sie feiert die ausdrückliche Ablehnung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses von Deutscher Burschenschaft und der faschistischen NPD 1973, denn dies hätte" eine ganze Reihe von Bünden in grundsätzliche Schwierigkeiten gebracht". Sie feiert ihren Burschentag von Eisenach 1992, auf dem sie ihre Forderung nach einem Großdeutschen Reich erneuert haben.
Helmut Kohl feiert mit ! Schon vor 2 Jahren schrieb der Bundeskanzler in einem Grußwort zum Bundestreffen der Deutschen Burschenschaft: "Die Freiheit des Geistes und die Einheit der Nation waren für die deutschen Burschenschaften in den vergangenen 175 Jahren die wichtigsten Herausforderungen, deren sie sich stets mit Mut und Engagement gestellt haben."

Kommt zur Gegenkundgebung nach Eisenach,
Samstag 17.Oktober 1992
13.00 Uhr, Lutherdenkmal
{08.10.92}

Rostock-Nachtrag

In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift Searchligt werden einige Hintergrundinfos zu Rostock veröffentlich. Laut Searchlight hat es zur Vorbereitung des Pogroms eine Reihe von Treffen in Hamburg gegeben und ein letztes Treffen 14 Tage vorher in Rostock selbst. Daran sollen Vertreter folgender Gruppen beteiligt gewesen sein: FAP, Republikaner, Nationale Liste, Nationalistische Front, Wotans Volk, Deutsche Alternative und Vertreter von Nazi-Skins.

Beim Pogrom persönlich anwesend sollen gewesen sein: Christian Worch, Ewald Althans, Gerhard Endres (Österreich) und Nazi--Funktionäre aus Skandinavien.

Searchlight druckt ein Flugblatt ab, das im Vorfeld in Rostock verteilt wurde: "Widerstand gegen die Ausländerflut"

"Was wollen wir von Ihnen? Sie anregen, in Rostock eine Bürgerinitiative zu gründen, die deutsche Interessen in Rostock vertritt...
Wir, Hamburger Bürger, werden Ihnen dabei uneigennützig helfen.
Wir haben eine ähnliche Aktion in Hamburg gegründet."

Im gleichen Flugblatt wird Daniel Cohn-Bendit als "der Wortführer der westdeutschen Kommunisten" bezeichnet, und es werden Schlagzeilen aus der Bildzeitung und aus dem "Republikaner" verwendet.

Das ganze lief unter dem Firmenschild "Aktion 'Rostock bleibt deutsch'" mit Postfach in Hamburg und einem M. Andrejewski als Verantwortlichem. Auflage: 100.000.
Die Recherche ergab folgendes: hinter dem Postfach verbirgt sich niemand anderes als die NPD-Gründung "Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA) und ihr stellvertretender Vorsitzender Michael Andrejewski. (lt. Info des Bundeswahlleiters mit Stand vom 24.10.91)

{09.10.92}

Presseerklärung zur Demonstration vom 2. Oktober 1992 in Göttingen.

Unter dem Motto „Schafft die antifaschistische Einheit – Weg mit den §-129a Ermittlungen" führten wir, die Autonome Anifa (M) unterstützt durch die AJF (Antifa Jugendfront), AeG (Autonome einige, Göttingen), den BürgerInnen gegen Rechtsextremismus und Gewalt und der Basisgruppe Medizin, die Demonstration durch.

Wir knüpften mit dieser Aktion an die Demonstrationen am 2. Oktober 1990 und 1991 an, die wir ebenfalls initiierten.

Auch aus anderen Städten wurde die Aktion unterstüzt. Es kamen Vertreter und Vertreterinnen folgender Gruppen: Autonome Antifa Südthüringen, Bonn, Mainz/Wiesbaden, Bünde, Koblenz, Frankfurt, Norden, Hamburg, u.v.a.

Insbesonders waren uns unsere ausländischen Genossinnen und Genossen aus Dänemark (Kopenhagen), Italien (Mailand) und Frankreich (Paris), willkommen.

Ab 13.00 Uhr fand die angekündigte AgitProp-Aktion auf dem Marktplatz statt.
Sieben Leute, verkleidet in Orginalpolizeiuniformen von 1871 bis heute, nahmen vor einem großen „Bühnenbild" Aufstellung. Und zwar ihren Uniformen entsprechend vor den Jahreszahlen, die in den Punkten 1. bis 6. aufgeführt sind. Außerdem war auf dem „Bühnenbild" die Figur eines knüppelnden Polizisten abgebildet.

Es waren folgende Uniformen:
Deutsche Polizeiuniformen 1871 bis 1992
1. 1871 – 1918: Pickelhaube/Säbel
2. 1918 – 1921: Freikorps/Stahlhelm/Pistole
3. 1921 – 1933:
   Sipo/Tschako/Säbel/Gewehr
4. 1933 – 1945: Tschako/Karabiner
5. BRD, Niedersächsische Uniform bis 1968:
   Tschako/Gummiknüppel
6. DDR, Uniform bis 1990:
   Stahlhelm/Gummiknüppel
7. SEK-Uniform 1992: Polizeihelm/Knüppel

Diese sieben Polizisten standen auf einem riesigen Transparent mit der Aufschrift „Freiheit".
Mit dieser Aktion sollte die Kontinuität des Systems an Hand des Polizeiapparates dargestellt werden. Eines Apparates, der wie kein anderer zur Unterdrückung des linken, emanzipatorischen Widerstandes eingesetzt wurde und wird.
Deshalb traten die Polizisten sinnbildlich mit ihren Stiefeln die Freiheit.

Während diese Gruppe Aufstellung genommen hatte, wurden in unregelmäßigen Abständen mündlich die Aktion detailliert erklärt.
Dazu, bzw. während dessen, wurden Flugblätter verteilt, auf denen ebenfalls die Uniformen und der politische Hintergrund der AgitProp-Aktion genau erklärt war. Auf der Rückseite dieser Flugblätter war ein Schnittmusterbogen für einen Polizeihampelmann.

Zu der AgitProp-Aktion zählte auch ein großer Heuwagen, auf dem folgende überdeminsional proportionierte Gegenstände aus Pappmaché waren:
Ein Geldsack mit den Symbolen verschiedener Multinatinoler Konzerne (Symbol für die ökonomische und politische Macht im Imperialismus), eine Heroinspritze (Drogenproblem), eine Coca-Cola-Dose (Kulturimperialismus), ein Fernseher (mediengesteuerte Gesellschaft), eine Bildzeitung (sinnentleerte Sensationspresse), ein Panzer (neue deutsche Militärmachtssträume), der § 218 (Symbol für die patriarchale Unterdrückung der Frauen), ein Playboyhase (Symbol für Sexismus und seiner pornographische Vermarktung), der § 129a (Symbol für politische Unterdrückung linker Bewegungen), eine Landkarte des historischen Großdeutschland (Sympol für rechte /konservative Geschichtsschreibung und „Deutschlandträume"), eine BRD und Europafahne (als Fahnen für zwei Systeme, die dies alles verkörpern).

Dieser Wagen wurde dann in der Demo mitgeführt und von Frauen und Männern in Arbeitskleidung gezogen. Dabei wurde diese Gruppe von den Polizisten eskortiert.
Eine Ausführung dieser Symbolik erübrigt sich.
Bei der Demonstration gab es Ordnertrupps, die mit Antifa-Armbinden kennlich gemacht waren. Sie waren mit Sprechfunk untereinander verbunden und hielten die Kommunikation in der Demo aufrecht. Außerdem waren sie wegen entsprechender Infos von allen ansprechbar – was oft geschah.

Die Demonstration nahm wie geplant Aufstellung: Vorn ein schwarzer Block, dann die Motivgruppe, dahinter ein zweiter schwarzer Block mit dem Lautsprecherwagen, dahinter die anderen Gruppen und Einzelpersonen.
Das Auftreten als Schwarzer Block war von vorn herein auch von den bürgerlichen Kräften akzeptiert.

Die Demonstration begann mit einer Rede der AJF und der AeG. Der Demonstrationszug ging dann zur Weender Landstraße, der Todesstelle von Conny. Ab der Kreuzung Weender Straße/Berliner Straße war die Demo Schweigemarsch.
An Connys Todesstelle hielten die BürgerInnen gegen Rechtsextremismus und Gewalt eine Ansprache und legten dann gemeinsam mit der Autonomen Antifa (M) ein Gebinde nieder.

Der letzte Redebeitrag fand auf dem Marktplatz, von der Autonomen Antifa (M) statt. Dort sprachen auch die Genossinnen und Genossen aus dem Ausland ihre Grußworte.
Unter Sprechchören „Hoch die internationale Solidarität" wurden die Pappmaché-Symbole und die Polizeiuniformen verbrannt. Während dieser Verbrennung wurden die Symbole nochmal erklärt.

Politische Einschätzung
Die Aktion am 2. Oktober 1992 ist so abgelaufen wie wir es geplant und angekündigt hatten. Damit sind einige unserer wesentlichen politischen Vorstellungen und Forderungen umgesetzt worden.

Mit der AgitProp-Aktion auf dem Marktplatz wurden viele Menschen angesprochen und unsere politischen Inhalte konnten vermittelt werden, was der Ansturm auf unseren Büchertisch belegt.

Das Maskierungsverbot war außer Kraft gesetzt, die Polizei hielt sich total zurück und war während der Demonstration nicht zu sehen.

Eine gemeinsame antifaschistische Manifestation von Autonomen bishin zu bürgerlichen Gruppen konnte umgesetzt werden.

An der Demonstration nahmen ca. 2.500 Menschen teil. Die Stimmung war gut, was durch Musik aus den Fenstern mehrer Häuser auf dem Demoroute unterstrichen wurde.

Unser politisches Konzept ist aufgegangen. Es waren soviele Leute wie lange nicht mehr mit uns gemeinsam auf der Straße. Unsere gesamten Forderungen betreffs der Demonstration wurden erfüllt. Deshalb sprechen wir von einem politischen Erfolg.
In unserem Kampf gegen den Faschismus werden wir nicht nachlassen. Unsere nächsten Ziele sind, daß endlich die §-129a Ermittlungen gegen den autonomen Antifa-Widerstand weg kommen und daß der Organisierungsprozeß für eine breite antifaschistische Bewegung und eine antifaschistische Organisation vorrankommt.

Weg mit den § 129a-Ermittlungen – Weg mit dem Vermummungsverbot!

Für eine breite antifaschistische Bewegung!

Für die antifaschistisch/antiimperialistische Organisierung in Westeuropa!

Für die Organisation!

Göttingen, 4. Okotober 1992
Autonome Antifa (M)

Göttinger Tageblatt MONTAG, 5. OKTOBER 1992



„Gesellschaftsmüll" wurde während der Demonstration vor dem Alten Rathaus verbrannt. Foto: Heller

■ Rostock-Gewalt

Wie es wirklich war

Bonn (dpa) - Das Bundesinnenministerium hat zugegeben, daß es entgegen früherer Erklärungen bei den Ausschreitungen gegen das Asylbewerberheim in Rostock keine Zusammenarbeit linker Autonomer mit Rechtsradikalen gab. Dies ergab eine Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Eduard Lintner (CSU) auf eine Anfrage der PDS. Als „haarsträubend" bezeichnete PDS-Sprecher Jürgen Reents die Begründung Lintners für die ursprüngliche Behauptung: Das extrem gewalttätige Vorgehen der Störer sei bislang „nur im Zusammenhang mit Ausschreitungen durch autonome/linksextremistische Straftäter bekanntgeworden".

Demo ohne Gewalt

Autonome verbrannten „Gesellschaftsmüll"

Göttingen (pl/lni). Unter dem Motto „Schafft die Antifaschistische Einheit" sind am Freitag in Göttingen rund 1700 Menschen gegen Rechtsradikalismus und Gewalt auf die Straße gegangen. Etwa die Hälfte der Teilnehmer des Demonstrationszuges waren Autonome; an die 200 hatten sich vermummt. Während der zweieinhalbstündigen Demonstration kam es zu keinerlei Zwischenfällen.

Aufgerufen hatte die Göttinger „Autonome Antifa (M)", die „eine langfristige Diskussion... über das gemeinsame weitere Vorgehen gegen den Faschismus" anstrebt. Die Veranstalter hatten angekündigt, daß es keine Ausschreitungen aus der Demonstration heraus geben werde.

Die Polizei verzichtete daher auf eine Zugbegleitung. Einsatzleiter Klaus Milde, der den Marschierenden in 100 Meter Entfernung vorausging, sah sich bestätigt: „Wir werden an unserem De-Eskalationskonzept festhalten."

An der Spitze der Kolonne war ein Wagen mit Pappmaché-Symbolen des Kapitalismus und Imperialismus zu sehen. Dafür hatten die Autonomen eine Cola-Dose, eine Heroinspritze, ein Hakenkreuz und einen Sack mit Geld gewählt. Sieben Teilnehmer in Polizeiuniformen von 1871 bis zur Gegenwart versinnbildlichten die – nach Meinung der Veranstalter – „Kontinuitäten in der mit Blut geschriebenen Geschichte des Repressionsapparates".

Nach einem Schweigemarsch zum Mahnmal für Conny W. ging es zurück zum Alten Rathaus. Einige Böller wurden geworfen, hin und wieder wurde Leuchtspurmunition abgefeuert, das war alles. Auf der Schlußkundgebung wies ein Redner darauf hin, daß das Landeskriminalamt zur Zeit 200 Göttinger Autonome überprüfe.

Dann wurde ein Feuer entzündet, in dem die Pappmaché-Symbole des bundesdeutschen „Gesellschaftsmülls" verbrannten.

Schweden macht die Grenzen dicht

■ Visumpflicht für Kosovo-Albaner

Stockholm (taz) — Angesichts eines Zustroms von etwa 25.000 kosovo-albanischen Flüchtlingen in den vergangenen drei Monaten hat Schwedens Regierung eine Visumpflicht für alle Personen eingeführt, die aus „Rest-Jugoslawien" - Serbien oder Montenegro - stammen. Alle Flüchtlinge aus diesen Ländern ohne gültiges Visum werden an der Grenze zurückgewiesen. Stockholm begründet diesen Schritt mit einem juristischen Kunstgriff: den UNO-Beschluß vom September, wonach Rest-Jugoslawien nicht als Nachfolger des Staates Jugoslawien gelten kann. Damit würde nun auch die zwischen Schweden und Jugoslawien einst geltenden Abkommen über Visumfreiheit nicht mehr gelten.

Schon seit Monaten erhalten Kosovo-Albaner in Schweden grundsätzlich kein Asyl mehr. Eine Ausnahme gilt lediglich für Kriegsdienstverweigerer. Trotzdem kommen pro Woche noch immer 2.000 neue kosovo-albanische Flüchtlinge mit Fähren aus Polen. „Kosovo-Albaner aus Serbien und Montenegro genießen praktisch Freiheit vom Wehrdienst in der serbischen Armee", behauptete jetzt Einwanderungsministerin Birgit Friggebo und meinte zugleich, daß Kosovo-Albaner „für eine Wehrdienstverweigerung gar nicht richtig hart bestraft werden".

Reinhard Wolff

im august haben wir einen längeren text geschrieben, der ausführlich unseren schritt vom april begründet, die eskalation von uns aus zurückzunehmen. es geht darin um unsere bisherige geschichte und politische praxis und wir gehen auf reaktionen auf unsere erklärung vom 10.4.92 ein. dieser text ist ergebnis langer diskussionen in der gruppe und unsere grundlage, mit der wir in die dringend notwendige diskussion um neubestimmung linker politik gehen wollen.

der text ist kaum veröffentlicht. wir wollen aber mit möglichst vielen diskutieren und deswegen schicken wir ihn euch jetzt. natürlich finden wir auch gut, wenn ihr ihn weiter verbreitet.

rote armee fraktion
30.9.92

offener brief an die 'konkret'

ihr schreibt im augustheft, daß die veröffentlichung des gesprächs mit lutz taufer, knut folkerts und karl-heinz dellwo als "einstieg in eine diskussion über die geschichte der raf und die bedingungen linksradikaler opposition im neuen deutschland gedacht war" und beschwert euch noch über "die magere beteiligung an der doch so nachdrücklich geforderten debatte".
die überlegung, daß die 'konkret' forum sein kann für die breite öffentliche diskussion darüber, wie es für die linke hier weitergeht, fanden wir auch deshalb gut, weil sie von vielen menschen, die nicht in linksradikalen zusammenhängen leben oder organisiert sind, gelesen wird und es sie fast überall gibt.
wir haben euch darin ernst genommen und euch deshalb unseren text vom august rechtzeitig für den abdruck in der september-nummer zukommen lassen. daß ihr ihn dann als sonder-nummer rausgebracht habt, fanden wir dafür, eine wirklich breite diskussion anzufangen, nicht sehr schlau.
aber w i e ihr dann den vertrieb organisiert habt bzw eben nicht, damit grenzt ihr uns aus dieser diskussion aus, denn der sonderdruck ist selbst im linken buchhandel kaum zu kriegen und am kiosk überhaupt nicht. stattdessen fordert ihr die leute auf, den sonderdruck bei euch zu bestellen, was wirklich ein hammer ist, denn faktisch stellt ihr damit dem staatsschutz eine kartei zusammen, wer alles interesse an unserem text hat.
warum habt ihr das alles so gemacht ?
wir wollen, daß ihr in der nächsten nummer diesen brief ungekürzt veröffentlicht und daß ihr außerdem unseren text vom august darin abdruckt oder den sonderdruck als mittelteil reinheftet
und das auch in der taz-anzeige bringt - nur so kann diese diskussion, von der ihr behauptet, daß ihr sie ermöglichen wollt, wirklich anfangen.

rote armee fraktion
30.9.92

ps: ihr habt beim abtippen an zwei stellen einige zeilen vergessen. in dem exemplar, das wir euch hier schicken, sind die stellen auf seite zwei und drei eingesetzt und gekennzeichnet.

Im Kapitalismus ist Hierarchie Teil der Gesellschaftsstruktur, in die jede/r von klein auf gezwängt wird. Wir haben diese Struktur in unseren Zusammenhängen nicht aufgelöst. Durch die starke Orientierung auf Angriff, die fast ausschließliche Orientierung gegen die Projekte und Strategien des Imperialismus, haben wir diese hierarchischen strukturen weitergezogen und mit anderen inhalten reproduziert. Es waren falsche Wertvorstellungen, die zwischen uns und den GenossInnen und dann wieder zwischen ihnen und anderen in den legalen Zusammenhängen standen.

S.2

Bei uns hat sich daraus über lange Zeit ein völlig verengter Blick auf Kritik festgefressen. Ein Blick, von dem aus wir gar nicht darauf gesehen haben, von wem Kritik kommt und wofür, und was daran richtig sein könnte. Dadurch, daß die Gefangenen mit einem viel weiteren Blick und einem Bezug auf neue Entwicklungen im Widerstand und in der Gesellschaft insgesamt ihren Kampf bestimmt haben, haben sie auch uns darin bestärkt, auf die Suche zu gehen und etwas neues zu entwickeln

S.3

Diese Kämpfe haben uns gezeigt, daß Begriffe wie ›revolutionär‹, ›reformistisch‹, ›Teilbereichsbewegungen‹ usw. überprüft werden müssen, die alle für eine bestimmte Einordnung von Initiativen und Gedanken standen, das Verhältnis untereinander bestimmten und Trennungen produzierten. Unterschiedlichkeit und Vielfalt können zu einer Stärke einer Bewegung werden, wenn niemand versucht, sie zu unterdrücken oder glattzuschleifen. In einem Prozeß, in dem alle von unterschiedlichen Erfahrungen ausgehen, sich aber alle für ein Ziel zusammenfinden, kann ein Reichtum an verschiedenen Initiativen und ein lebendiger Austausch entstehen — voneinander lernen. Wir denken, daß es ein wichtiges Kriterium für einen neuen Aufbruch hier sein wird, sich diese Erfahrungen anzueignen und in neuen Kämpfen umzusetzen. außerdem haben diese kämpfe im gesellschaftlichen bewusstsein was verändert: für weite teile der gesellschaft haben sie die legitimität von entschlossenen kampf in der metropole für sofortige veränderung auf den tisch gebracht.

S.4



neues ausländerInnen(pogrom)gesetz der brd zeigt wirkung in bundesdeutschen knästen/ erst körperlich zu grunde gerichtet, dann aufgepäppelt und dann ins flugzeug nach afrika...

als der jetzt 25 jährige mio in bochum in u-haft saß, so glaubte er noch an einem rechtsstaat mit demokratie.in einer nacht und nebelaktion, als mio aus dem schlaf gerissen wurde und kurzerhand ins flugzeug deportiert worden ist, lies ihm am rechtsstaat verzweifeln.derzeit sitzt mio in prag und wartet dort auf ein imaginäres strafverfahren gegen ihm.die brd hat ihre schuld getan und den vertrag mit der damaligen csfr erfüllt,indem mio ausgeliefert worden ist.dies ist ein beispiel von vielen, wie die strafjustiz mit ausländischen gefangenen umzugehen pflegt.

knast willich:

nach knappen fünf jahren haft mit zwangsarbeit im sinne des gültigen strafvollzugsgesetzes hat auch vor knapp 3 monaten der serbe miodrag seinen soll für deutschland erfüllt.

nach einer zustellung des sog. beschlusses zur vorzeitigen entlassung aus der haft nach verbüßung von 2/3 der strafe freute sich der serbe zu früh.exakt einen tag vor der entlassung, was das landgericht krefeld zuvor verfügt hat, wurde er in abschiebehaft genommen.die gefängnisleitung belog ihm bis zur letzten minute."er möge sein sachen packen, der gefg. wird entlassen..."so die letzten anweisungen der totalen institution. in der tat, er wurde entlassen: sein entlassungsort war die jva krefeld. zwei tage später wurde er nach serbien ausgeflögen, in einem gebiet wo die kroaten die oberhand haben/hatten.dem status eines flüchtlings wurde ihm als serbe nicht anerkannt.wie mir der serbe schriftlich mitteilte, wurde ihm keine gelegenheit gegeben einen anwalt in krefeld zu konsultieren.

nach haft von knapp über 24 monaten wurde dem afrikaner aus gambien dessen endstrafe bevorstend, unittelbar vor seiner entlassung(12 stunden vorher)mitgeteilt, er würde nach afrika abgeschoben, 12 stunden später saß er im flugzeug.

in der nach vom 27 auf dem 28 juli 1992 klagte der afrikaner willy f. in der jva willich über magenschmerzen.nach der implikation einer schmerzstillenden tablette wurde die zellentüre wieder geschlossen.nach erneuter angabe seiner schmerzen kamen die trupps mit den knüppeln und schlugen ihm in die sog. b-zelle.(auch er stand kurz vor ablauf seiner regulären strafe)

nach zwei tagen(!) isolierungszelle wurde er in das krankenhaus von fröndenberg verlegt.diagnose:magendurchbruch! nach operationen und einer kurzen postoperativen phase wurde er transportgerecht für die jva moers "verpackt", zwei tage später wurde er ins flugzeug gesetzt, ihm erwartet in niegeria eine hohe strafe wegen regime kritischen verhaltens. ausnahmen ? nein!

aus berichten von mehreren gefangenen(speziell aus dem trikont und der türkei)wird die neue abschiebepraxis generell angewandt.kompromisse bestehen nicht mehr.

die individuellen rechte das artikel 19 gg.(klageweg) bleibt den gefg. in den knästen verwehrt.

die erst kürzlich als seiters vorschlag bekannten devise klagen ja,aber auf dem todesstuhl im "heimatland" trägt ihren ersten früchte, obwohl es bis dato nur ein versuch ist, ein vorschlag halt.

diese offen faschistische vorgehensweise ist durch nichts zu rechtfertigen.was wir benötigen ist eine strake widerstandsbewegung die unter ausländischen gefangenen entstehen muss.die zahl derer, die abschoben werden ist groß, dementsprechend wird der widerstand sein.wir dürfen uns nicht den worthülsen der machthaber hingeben ,sondern wir müssen mit vereinten kräften gegen diese diktatorischen machenschaften angehen

- freiheit für die politischen gefangenen
- freiheit für alle die dafür kämpfen
- solidari̸sierung mit den ausländischen gefangenen

thomas kraemer/ knast willich



Aufruf zur Demonstration

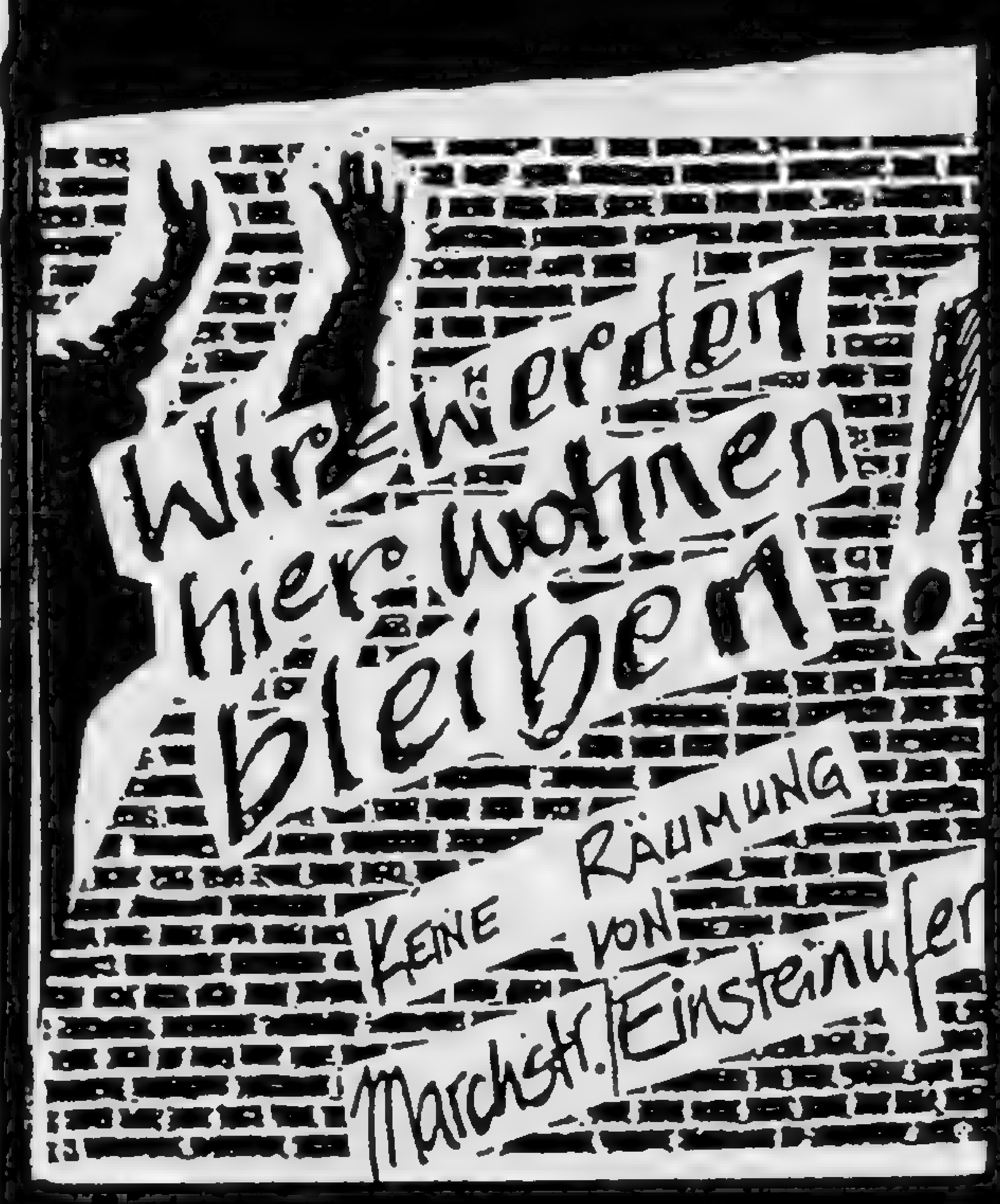
– denn besetzte Häuser werden nicht vor dem Amtsgericht verteidigt!

Am Samstag(17.10-12UHR,Fasanenpl.)werden wir in Charlottenburg für den Erhalt unserer besetzten Häuser Marchstrasse/Einsteinufer .demonstrieren. Wir leben hier seit dreieinhalb Jahren und wollen es auch weiterhin tun.Jetzt versucht die Hauseigentümerin und Spekulantenfirma Henning,von Harlessem CoGmbH uns auf dem Klageweg auf die Strasse zu setzen. Deshalb fängt die Demo auch 20 Meter vor ihrem Büro an ung geht durch Charlottenburg,wo noch eine Menge mehr Spekulanten,Miethaie und sonstige Geldsäcke sitzen.Aberuns gibt es auch noch und das soll auf der Demo zu hören und zu sehen sein. Die sollen uns kennen lernen!

Unf die,die uns kennen,sollen zur Demo kommen, und auch alle die uns noch nicht kennen,aber wissen,das es nur zusammen und mit vielen Leuten möglich ist gegen Spekulanten und Hauseigentümer zu kämpfen.Es ist möglich,das haben uns die dreieinhalb Jahre Besetzung,wohnen ohne Miete aber mit lästigem Hauseigentümer,gezeigt.Er hat schon oft versucht uns zu räumen,es aber nie geschafft. Er versucht esnun zum 2.Mal auf dem Klageweg. Der erste Versuch ist gescheitert weil das Landgericht sich für Miet-und Wohnungssachen unzuständig erklärt hat.Das Amtsgericht hält sich aber durch aus für zustädig uns auf die Strasse zu setzen.Wir sind da ganz anderer Meinung,deshalb machen wir unsere Demonstration.Die Prozesse stehen vor der Tür und wenn wir die verlieren, sieht es mal wieder schlimm für uns aus.

Überzeugt?Ihr kommt? Na,klar-damit es aus 1000 Mündern brüllt:Marchstr/Einsteinufer räumen?--- Arschlecken!!!

Nach der Demo gibt es bei uns warmes zu essen und wir gucken ob auch alle da waren,und ihr erzählt uns wie toll die Demo war.



KOMMMT ALLE!!

Sa. 17.10.92

12.00 Uhr

FASANENPLATZ

(NÄHE U2/9 SPICHERNSTRAßE)

Die internationale Grossdemo unterstützen:Sparkasse der Stadt Berlin (Spendenkonto:KtNr.810030497 BLZ 1005000 M/E bleibt),alle besetzten Häuser(oder etwa nicht?),Antifaschistische Fussball Fan Ini(Speckis-Drauf,dran,drüber),der Wetterbericht,Verband dt.Makler(ein Herz für Schmuddelkinder),Bunte Republik Neustadt(Dresden),die Kraakers aus den Niederlanden(haben uns 800 Gulden geschickt und 8 Soliveranstaltungen gemacht),die Bonner Bürger(Bonn muss Regierungssitz bleiben), Oberbaumbrücke(Solidarität mit der Marchbrücke),alle 50 Bands die bei uns gespielt haben,und du und ich

Bei den Einheitsfeierlichkeiten in Schwerin gab es trotz verordnetem Volksfest wenig



Festakt zum zweiten Jahrestag der Einheit / Zwischenfall bei Rundgang des Kanzlers

Die Feiern wurden von Gegenveranstaltungen begleitet. Berichte über einen Angriff auf den Kanzler wurden von der Polizei dementiert.

SCHWERIN, 3. Oktober

„Das schönste an diesem Tag ist das Wetter", hörte man allenthalben auf den Boulevards der Landeshauptstadt Schwerin. In der Tat: Der Himmel meinte es gut mit den Norddeutschen an diesem zweiten Tag der Einheit aller Deutschen. Doch so richtig Stimmung wollte nicht aufkommen anläßlich dieses so gegensätzlich verstandenen und ausgerichteten 3. Oktober 1992. Während die Offiziellen unter Polizeikordon vom Gottesdienst zum Festakt und zu den Bürgergesprächen vor dem Schloß eilten, vorbei an jubelndem und pfeifendem Publikum, hatten Gewerkschaften und Gerechtigkeitskomitees außerhalb des Zentrums zu mehr kritischem Gedenken geladen.

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Berndt Seite, amtierender Bundesratspräsident und daher an diesem 3. Oktober Gastgeber, betritt erst später mit Bundespräsident und Bundeskanzler den Dom.

Das „Lasset uns beten" ist noch nicht verhallt, als das energische „Nein" einer Frau die Gemeinde aufschreckt. „Ihr Heuchler", sagt sie nur noch laut und erzielt mit diesen drei Worten mehr Wirkung als ein alter Mann, der kurz zuvor ein Plakat hochgehalten hatte.

Der Weg nach draußen wird beschwerlich. Schaulustige, Demonstranten und Polizisten haben ein unübersichtliches Knäuel gebildet. Verteidigungsminister Rühe und Sozialminister Blüm kommen in Schwierigkeiten. Nach einem Handgemenge werden die ersten 18 Autonomen in die Gefangenensammelstelle in Schwerin-Neumühl verfrachtet.

Vor dem Staatstheater hat sich inzwischen eine Menge von Tausenden Schaulustigen angesammelt. Trotz Vorsortierung durch die Polizei eine bunte Mischung. Rings um das Portal sind im Umkreis von etwa 30 bis 50 Metern Absperrgitter aufgebaut.

Thüringens Spitzenimport Bernhard Vogel verschätzt sich gewaltig. Der CDU-Ministerpräsident versucht Richtung Staatskanzlei die Absperrung zu verlassen. Doch dort haben sich inzwischen einige Farbbeutel-, Eier- und – besonders pikant im Osten – Bananenwerfer konzentriert, vor allem aber lautstarke Protestierer. Vogel schreckt zurück, steht unentschlossen herum, aber in sicherer Entfernung.

Stolpe kommt, dann Engholm. Zwei Männer der Wirtschaft bleiben erst einmal stehen: „Nicht, daß wir den Randalierern in die Hände fallen", scherzt der eine verklemmt.

Dann Kohl. Jubel und Pfiffe, winken und werfen. Das Bad in der Menge, bedrängt von den Reportern. Kohl schüttelt zwei, drei Hände. Schon wieder Eier. Dennoch bahnt sich Chaos an, das in einem Magengrapscher gegen Kohl gipfelt. Viel mehr machen dem zum freundlichen Gespräch mit dem Wähler wild entschlossenen Kanzler die Jugendlichen zu schaffen, die ihn mit fehlenden Jugendklubs nerven. „Du hast doch noch nie gearbeitet", klärt er einen Berliner auf. Die vereinzelten „Helmut!"-Rufe kann Kohl nicht genießen. „Nazi-Gesichter" hat er bei den Protestierenden ausgemacht. Die kämen aus Berlin und würden von irgend jemand dafür bezahlt, beendet er seine Analyse und den Gang unters Volk.

Als 75 Autonome am späten Nachmittag von zwei Hundertschaften Polizei eingekesselt werden, gibt es Zustimmung. Ein Schweriner, Anfang 50, der mit Frau und Tochter vorbeikommt: „Die können nicht mit der Demokratie umgehen. Da hilft nur eins: Den langen Hugo raus und drauf – bing, bing, bing..."

Krawalle nach Demonstratic

5500 Menschen machten sich gegen Ausländerfeindlichkeit starl

Zu Ausschreitungen ist es am Sonnabend abend in Kreuzberg nach einer weitgehend friedlichen Demonstration von 5500 Menschen gegen Ausländerfeindlichkeit gekommen. Mehrere Randalierer warfen sieben Bauwagen und einen Kleinlaster um und entzündeten ein Feuer auf dem Oranienplatz. Nach Polizeiangaben wurden bei den Auseinandersetzungen 110 Personen festgenommen. Die Polizei war mit insgesamt 1500 Beamten im Einsatz.

Die Demonstration, zu der das Aktionsbündnis „gegen Rassismus und Militarismus" aufgerufen hatte, war am Kreuzberger Oranienplatz gestartet. Mit Hinweis auf die Rostokker Krawalle war auf einem Plakat zu lesen „Wir klatschen nicht", auf einem anderen, ironisch: „Eßt nur deutsche Bananen". Vor dem Gebäude des Axel-Springer-Verlages in der Kochstraße wurde eine Leuchtspurrakete abgefeuert. „Hier stehen Hunderte von Polizisten, aber bei den Asylheimen kommen sie immer zu spät", erbosten sich einige Demonstranten. Sie machten die Zeitungen des Verlages mitverantwortlich für die Ausländerkrawalle der letzten Wochen. Auf der Abschlußkundgebung am Rosa-Luxemburg-Platz wurde eine deutsche Fahne verbrannt, Steine und Bierbüchsen flogen gegen Polizeibeamte, die vor zwei Sex-Shops wachten. Eine 24jährige Kreuzbergerin wurde durch einen Stein verletzt. Gegen 16 Uhr räumte die Polizei den Platz. Der Verkehr in dem belebten Kreuzungsbereich kam für mehr als eine halbe Stunde zum Erliegen.



5500 Menschen demonstrierten gegen Rassismus und Militarismus. Foto: Studré

Bereits in der Nacht zu Sonnabend hatten sich 500 Autonome im Anschluß an das „Einheiz-Festival" in der Wuhlheide mit der Polizei am Brandenburger Tor eine einstündige Straßenschlacht geliefert. Bei neun geparkten Autos gingen Scheiben zu Bruch, zwei Polizisten wurden verletzt.

Andreas Wenderoth

Der Demonstrationszug – darunter auch ein „schwarzer Block" aus Angehörigen der autonomen Szene – setzte sich gegen 13.30 Uhr unter einem starkem Polizeiaufgebot in Richtung Kochstraße in Bewegung. Insgesamt waren nach Auskunft eines Behördensprechers 1500 Beamte im Einsatz. An den Zugängen hatten die Ordnungskräfte zuvor Taschenkontrollen durchgeführt. Dabei stellten sie Schreckschußpistolen, eine asiatische Kampfwaffe und eine Heckenschere sicher. Es gab acht Festnahmen wegen unerlaubten Waffenbesitzes. Vorsorglich hatte die Polizei außerdem Material von Gehwegbaustellen weggeräumt. Mit Postenketten abgesperrt waren das Springer-Hochhaus und die Bundesdruckerei in der Kochstraße. Vor dem Verlagsgebäude sollte zunächst Zwischenkundgebung stattfinden, die aber ohne Angaben von Gründen entfiel.

Die Demonstranten zogen weiter zur Leipziger Straße, die Getraudenstraße ent-

Luxemburg-Straße. Hier flackerte erstmals Gewalt auf, als Autonome das Pflaster aufbrachen und Steine gegen Polizisten warfen, die vor zwei Sex-Shops wachten. Vereinzelt explodierten Leuchtraketen. Ein unbeteiligter Demonstrant wurde von einem Wurfgeschoß getroffen und verletzt. Die Steine hatten sie aus dem Pflaster gegraben, aber auch aus Hauseingängen geholt, dort waren sie in Rucksäcken abgestellt gewesen.


am 17. Okt '92
1 Jahr
Fete
Beginn 19 h
&
Live-Musik
Wir hoffen auf
Apparatschik
mit
Cocktail-
Bar
Uferstr. 13
Ecke
Martin-Opitz-Str.
U-Bhf Pankstraße
od. Nauener Plz

Widerstand war nie umsonst!

EA-Fete

EX 7. 11. 92

Es fällt schwer
gegen den Sturm
anzukämpfen!
Aber es scheint der einzige
Weg zu sein

Essen
Trinken
Tanzen

Eintritt: 3,- DM

Spenden an:
Sonderkonto K. Schmidt
Postgiro Berlin, 206 10 - 106

LinksökologInnen Berlin
c/o VL - Büro
Friedrichstraße 165
O - 1080 Berlin

Berlin, den 1.10.92

Liebe FreundInnen,
im März 1992 haben sich basisdemokratische, feministische, radikalökologische, antistaatliche, antirassistische und antikapitalistische Projekte, Initiativen und Einzelpersonen zu einem Arbeitstreffen in Berlin zusammengefunden und miteinander diskutiert. Es wurde beschlossen, weiter zusammenzuarbeiten und ein 2. Arbeitstreffen durchzuführen.

Dieses 2. Arbeitstreffen soll sich mit dem Thema "triple oppression" beschäftigen.
Triple oppression ist ein Theorieansatz, der die Eigenständigkeit und Zusammenhänge der Unterdrückungsformen Kapitalismus, Sexismus/Patriarchat und Rassismen beschreibt.
Während des Arbeitstreffens soll eventuell dieser Theorieansatz auch auf den Begriff Festung Europa angewendet werden.

Habt Ihr Lust, Euch mit eigenen Beiträgen und/oder an der Vorbereitung zu beteiligen? Am 5.12. findet dazu ein Vorbereitungstreffen in Halle statt.

Bitte meldet Euch bei:

LinksökologInnen Berlin
c/o VL - Büro
Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165
O - 1080 Berlin



INFORMATIONS-ZENTRUM
FÜR
FREIE VÖLKER

PRESSEERKLÄRUNG 47 Hamburg, den 1. Oktober 1992

Der Kurde Sükrü Simsek, der als politischer Flüchtling seit September 1986 in Hamburg lebt, wurde heute Morgen in der Ausländerbehörde verhaftet.
Als er im Zimmer 106/107 im 1. Stock der Ausländerbehörde seine Aufenthaltsgestattung verlängern lassen wollte, wurde er von 3 Zivilbeamten in Abschiebehaft abgeführt.
Schon 1991 war Sükrü Simsek in der Ausländerbehörde festgenommen worden. Aufgrund öffentlichen Drucks wurde damals seine Aufenthaltsgenehmigung verlängert.
Sükrü Simsek Asylantrag wird, ebenso wie die Asylanträge vieler politischer Flüchtlinge aus der Türkei seit Jahren abgelehnt.
Sükrü Simsek lebt mit seiner Frau und seinen 3 kleinen Kindern in Hamburg Auch sein Frau, Selver Simsek, mußte die Türkei aus politischen Gründen verlassen.
Am 24. April 1991 haben 11 Antifaschisten aus der Türkei und der BRD eine Sitzung der Hamburger Bürgerschaft gestört und unterbrochen, um gegen die drohende Abschiebung der Familie Simsek zu protestieren.

Bis zum 10.8.1992 gabe es u.a. in Hamburg einen Abschiebestop für Kurden aus der Türkei. Dieser Abschiebestop war verfügt worden auf Grund der Massaker des türkischen Militärs gegen die kurdische Zivilbevölkerung und wegen des öffentlichen Drucks in Hamburg und der BRD.
Seit dem 10.8.92 ist der Abschiebestop in Hamburg aufgehoben worden, obwohl die Massaker an kurdischen Oppositionellen und an der Zivilbevöl kerung weitergehen. Am 21.8. wurden in der kurdischen Stadt Sirnak mehrere Hundert Zivilisten mit deutschen Panzern wahllos erschossen. 35.000 Menschen mußten deswegen die zerstörte Stadt verlassen.
Am 29.9.wurden in mehreren Städten der Westtürkei Angehörige oppositioneller Organisationen festgenommen oder erschossen.

Die Flüchtlinge, die jetzt vom Hamburger Senat in die Türkei abgeschoben werden, werden dort sofort an allen Flughäfen verhaftet und der politischen Polizei und damit der Folter ausgeliefert. Genau dieses Schicksal droht Sükrü Simsek. Wie können wir Hamburger Sozialdemokraten, die für die Regierungspolitik verantwortlich sind, einerseits von Demokratie und Menschenrechten reden und andererseits Flüchtlinge, wie Sükrü Simsek, direkt in die Hände ihrer Folterer ausliefern.

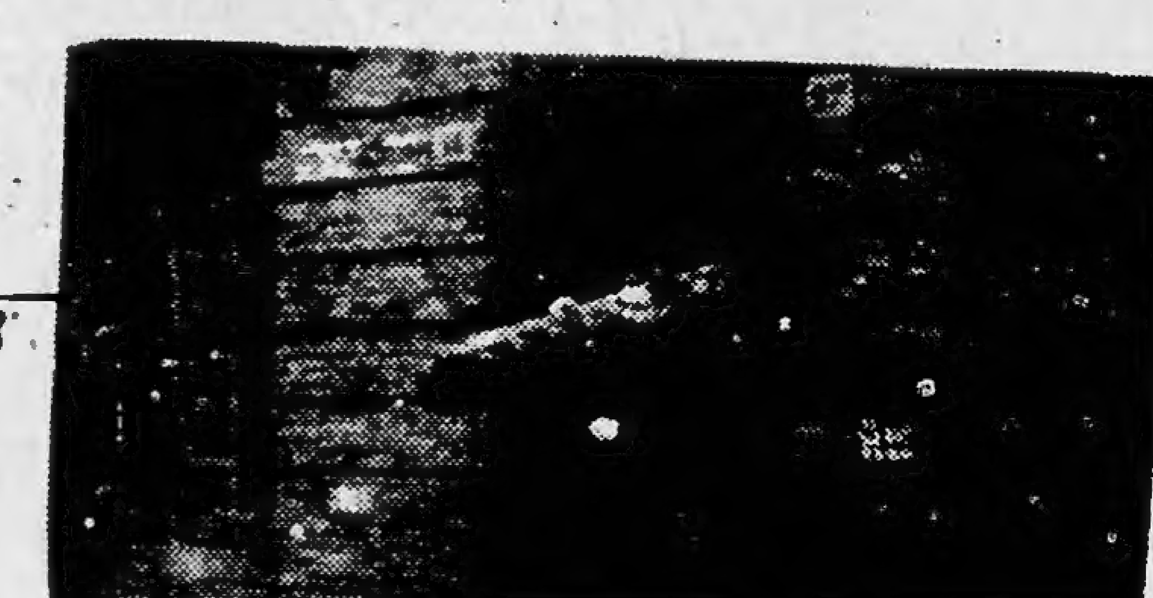
Die politische Diskussion innerhalb aller bürgerlichen Parteien um Art. 16 GG und die tägliche Abschiebung von Flüchtlingen stärken den Rücken der Rechtsradikalen und Faschistischen Angreifer auf Flüchtlingsunterkünfte.
Die aktuelle Asyldiskussion ist für die täglich stattfindenden Angriffe auf Flüchtlinge und Immigranten mitverantwortlich.
Sükrü Simsek ist in der kurdischen und türkischen Öffentlichkeit hier in Hamburg aufgrund seiner politischen Arbeit ein bekanntes Gesicht Er und seine Frau beteiligen sich an vielen Aktionen gegen die faschistische Regierung in Ankara.

Sükrü Simsek erwartet Folter und Inhaftierung.
Da seit dem 10.8.92 Hamburg Kurden in die Türkei abschiebt, stellte Sükrü Simsek am 25.9.92 einen Aslfolgeantrag. Da nach dem neuen Asylverfahrensgesetz seit Juli 1992 nur das Bundesamt für die Anerkennung politisch Verfolgter zu entscheiden hat, will die Ausländerbehörde Sükrü Simsek bis zur Abschiebung im Gefängnis festhalten.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Sükrü Simsek

Wir fordern einen erneuten Abschiebestop für Kurden

Wir fordern ein dauerndes Bleiberecht für alle politischen Flüchtlinge



ADRESSE: Teichstr 16 / E 5000 KÖLN 30 TEL: 0221 / 531278

HÄGAR

NA, WAS GLAUBST DU ?

AUF DEN ERSTEN BLICK WÜRDE ICH SAGEN, ER IST 53, VERHEIRATET, DREI KINDER, IST 1,70 GROSS... WIEGT 75 KILO...

© BULLS





Ordner:
Verhindern wir die Sammellager (Bielefeld)
rass. Überfälle auf farbige US-Bürger
Kesselbrimk-Prozess
Antifa-Demo in Hamburg
Remer Prozess
Nachruf auf Kognac-Willi
Presse Antifa(M)-Göttingen
Wem gehört Kurdistan (technische Gründe)
Bolschewik Partizan zu Antifaschismus

Kiezattacke auf die „Yuppiekacke"

■ Kreuzberg: Brandanschlag-Serie auf Luxusautos / Polizei verweist auf autonomen Aufruf: Abfackeln als „Volxsport"

Kreuzberg. Eine Serie von Brandanschlägen auf Luxuswagen in Kreuzberg beschäftigt zur Zeit den Staatsschutz. In der Nacht zum vergangenen Sonntag waren zwischen 23.40 und 0.45 Uhr kurz nacheinander fünf geparkte Autos der Marken Mercedes, Alfa Romeo und Volvo rund um Fichtestraße sowie am Paul-Lincke-Ufer durch Flammen schwer beschädigt worden. Der sechste Wagen, ein Porsche mit Schweizer Kennzeichen, blieb nur deshalb unbeschadet, weil ein Brandsatz nicht gezündet hatte. Der Staatsschutz hat noch keinerlei Hinweise auf die Täter, geht aber nach Angaben des stellvertretenden Leiters, Peter Haeberer, davon aus, daß es sich um Angehörige der „linksextremistischen Szene" handelt. Haeberer verwies darauf, daß in der Nähe der Tatorte ein Bekennerschreiben mit den Worten „Todeszone für Spekulanten und Yuppie-Schweine" gefunden und in der Autonomen-Zeitschrift *Interim* eine „klare Aufforderung" zu Brandanschlägen auf teure Wagen in Kreuzberg abgedruckt worden sei. „Wir nehmen an, daß zwischen dem *Interim*-Artikel und den Taten ein Zusammenhang besteht."

In dem zweiseitigen Artikel der *Interim* vom 1. Oktober unter der Überschrift „Neues aus der Berliner Wagensportliga im Superschwergewicht" wird das Abfackeln von Luxuskarossen als „Volxsport" hingestellt. Die „Berliner Wagensportliga" sei bereits seit 1991 aktiv und wende sich gegen die „ins Unermeßliche" steigenden Mieten und die Vertreibung von sozialen Einrichtungen aus dem Kiez, heißt es im Text. „Immer mehr Yuppiekacknasen tauchen in ‚unseren' Vierteln auf. Ihr Aushängeschild sind oftmals ihre Luxuskarossen, die auch abends im Kiez zu sehen sind. (...) Wegen der „großen Nachfrage und weil die Saison 1991/92 nur ein Auftakt" gewesen sei, heißt es weiter, gebe das „Schiedsgericht" nun die Regeln für „interessierte Volxsportclubs" öffentlich bekannt. „Zielobjekt" seien „Luxuskarossen der Superschwergewichtsklasse" wie „die neue S-Klasse von Mercedes-Benz, die 7er BMW-Reihe, neue Porsche, Jaguar, Rolls-Royce u.ä.". „In Zahlen: 70.000 bis 100.000 DM sollten sie schon mindestens kosten."

Anschließend beschreiben die Verfasser detailliert, was für Werkzeuge und Benzinmischungen „jeder Volxsportclub" benötige und wie ein Wagen am besten binnen kürzester Zeit in Brand zu setzen sei. „Gefragt ist Mut, Teamgeist, aber auch Entschlossenheit zum vorzeitigen Abbruch des Spiels beim vorzeitigen Eintreffen gegnerischer Uniform- und Zivilhools", heißt es weiter. Gewonnen habe am Ende derjenige Volxsportclub „mit dem höchsten Produkt aus der Summe an Spielen mal Listenpreise". Der Artikel schließt mit einer „unvollständigen Tabelle der letzten" und „ersten Ergebnisse der neuen Saison". Das Ergebnis unter dem Strich: sieben Anschläge auf Wagen der Gesamtpreisklasse von 710.000 Mark. Als Teilnehmer aufgelistet sind die Gruppen „Bonzen FC-Investor", „VC Dynamo Kreuzberg", „Rote BMW Fraktion", „FC Porsche", „Die 3 von der Tankstelle" und „Gib Bonzen keine Chance".

Der stellvertretende Staatsschutzleiter erklärte auf Nachfrage, daß seiner Behörde vier der genannten Gruppen aus Bekennerschreiben im Zusammenhang mit Brandanschlägen auf Autos bekannt seien. Die Tabelle hält er jedoch für weit übertrieben. Auch von „einer Saison und Serien in dem Sinne" könne nicht gesprochen werden. Der letzte bekannt gewordene Anschlag gegen zwei Wagen liege knapp anderthalb Monate zurück. Ermittelt würde jetzt nicht nur gegen die unbekannten Täter, sondern auch gegen die unbekannten Herausgeber und Verfasser des *Interim*-Artikels. Gegen letztere wegen Aufforderung zu Straftaten.

Plutonia Plarre



TERMINE

Freitag, 16.10.

19.00: Film "Que´todos se levanten" über Guatemala und die 500-Jahr-Kampagne zu indianischem, afroamerikanischem und allgemeinem Volkswiderstand"
Dia-Vortrag und Diskussion mit Anke Boruschein, Ges. für bedrohte Völker, über die Situation von IndianerInnen in Nordamerika, im Cafe´ KGB c/o Potse, Potsdamer Str. 180, U-Bahn Kleistpark, Yorck- oder Kurfürstenstr.
(diese Gesellschaft ist schon des öfteren durch nationalistische Artikel unangenehm aufgefallen und daher mit Vorsicht zu genießen, der Hetzer)

Samstag, 17.10.

19.00: 1-Jahr-Clash-Fete zum einjährigen Bestehen mit Apparatschiks und Yok Quetschenpaua, im Clash, Uferstr. 13 U-Bahn Pankstr. oder Nauner Platz

Sonntag, 18.10.92, 21 Uhr: "Deutschland im Herbst"

Heute vor 15 Jahren wurden in Stammheim Jan-Karl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Bader er-selbst-mordet. Dieser Film ist der Versuch von 11 Regisseuren, Situationen und Stimmungen in der BRD von der Schleyer-Entführung bis zu der Beerdigung der RAF-Mitglieder im Herbst '77 zu beschreiben. Ein breites Spektrum unterschiedlichster Annäherungsversuche von äußerst verschiedener Qualität und Methodik. Gerde wegen seiner Ungereimtheiten, Peinlichkeiten und Schwächen eine authentische Darstellung der damaligen Situation. (BRD, 1977/78, 123 Min., von Kluge, Böll, Schlöndorff, Fassbinder u.a.)

Videokino Daneben
Rigaer Str. 84
O-1035 Berlin-F'hain

Dienstag, 20.10.

20.00: Rostocker Gefangenentreffen im Cafe´Anbiss Kreutzigerstr. 22 in Friedrichshain

21.00 + 23.00: Video "1.Mai in Berlin" im Clash

Freitag, 23.10.

21.00: ErstsemesterInnenfete im autonomen Cafe´ Geschwulst am Osi/FU, Ihnestr. 21, 1/33 U-Bahn Thielallee

Samstag, 24.10.

bis Sonntag, 25.10.: 2.bundesweites linksradikales Nachbereitungstreffen zur Anti-WWG-Mobilisierung in: Wiesbaden, Bonholferhaus, Fritzkallestr.38-40

Sonntag, 25.10. (+ 29.11. wahrscheinlich letzte Fahrt)

12.00: Stadtrundfahrt zu Gen- und Reproduktionstechnologie (NUR für Frauen), Dauer ca.4Std. anschl. Gelegenheit zur Diskussion
Kartenvorverkauf Buchladen Sschwarze Risse, Gneisenaustr. 2a. 1/61 und im Bus

"...begrenzt tödlich"

Technik und Stategien polizeilicher Repression

verbotener" Direktschuß, aumung der Mainzer Str.,

Diavortrag 20^{00}

SO 36

Fete 22^{00}

am 17. OKT

GEWALTFREI WAR SEIN LETZTES WORT - DANN TRUGEN IHN DIE SANIS FORT!